

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 16



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 8. 10. 1991

WORT UND WIDERWORT

Nützen Einweggeschirr und Einwegverpackung der Umwelt?

In den nächsten zehn Jahren sollten auf der Grundlage des novellierten Landesabfallgesetzes 15 Prozent des Hausmülls zusätzlich verringert werden, wobei gerade der Verpackungsbereich sich zur Reduzierung des Müllaufkommens anbiete. Ein solches Ziel könne nur erreicht werden, wenn Materialien genutzt würden, die sich durch Langlebigkeit und Wiederverwendbarkeit auszeichneten. Einwegverpackungen und Einweggeschirr würden diesen Anforderungen nicht gerecht. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Klaus Strehl**. Die CDU-Parlamentarierin **Dr. Annemarie Schraps** erläutert, Mehrweggeschirr könne bei Anwendung der hygienischen Bestimmungen bevorzugt auch bei Großveranstaltungen und im kommunalen Bereich bei Festveranstaltungen und Vereinen eingesetzt werden. Geschirrmobile, die auf kommunaler und privater Ebene beschafft würden und vom Verbraucher gegen Gebühr entliehen werden könnten, erleichterten die Verwendung von Mehrweggeschirr bei öffentlichen und privaten Veranstaltungen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** sieht als Ursache für das explosionsartige Anwachsen der Müllberge einen gesteigerten Warenumsatz, der konform mit einer Zunahme von Verpackungsmaterialien laufe. Problematisch werde die Situation, da keine ausreichende Entsorgungskapazität zur Verfügung gestellt werde. Dieses müsse als vordringlichste Aufgabe in der Abfallproblematik angesehen werden. Die Grünen-Abgeordnete **Bärbel Höhn** betont, Einweg sei kein Weg. Auf diese einfache Formel lasse sich der ökologische „Nutzen“ von Einweggeschirr und Einwegverpackungen bringen. Untersuchungen hätten gezeigt, daß die Umweltbelastung durch Spülen von Geschirr im Vergleich zur Herstellung und Entsorgung von Einweggeschirr tendenziell geringer sei. Für den Vergleich zwischen Einweg- und Mehrwegflaschen sei dies schon länger bekannt. Die Alternative bleibe: Müllvermeidung durch Mehrweg. (Seite 2)

Gemeinsame Erklärung gegen Ausländerhaß Anschläge entschieden verurteilt

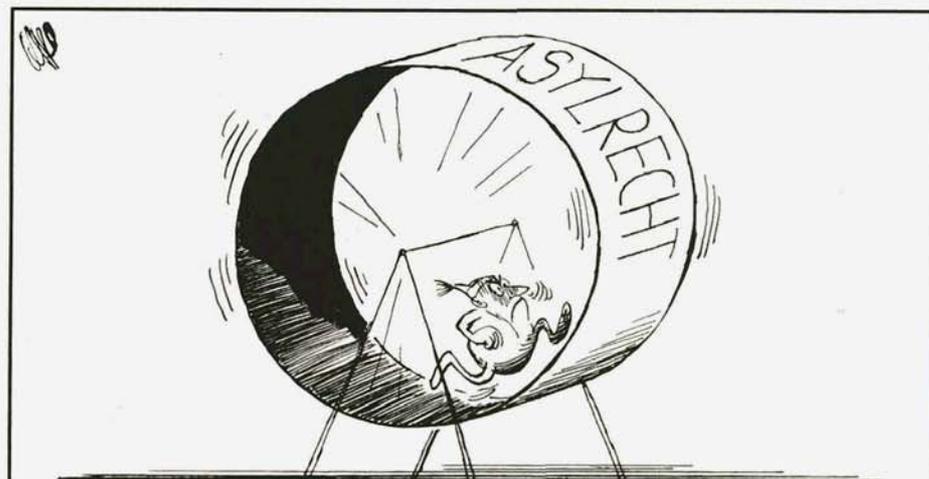
Die Ausschreitungen gegen Ausländer haben die Fraktionen zu einer gemeinsamen Erklärung veranlaßt, die zu Beginn der Plenarsitzung am 4. Oktober von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe verlesen wurde. Leicht gekürzt hat die Erklärung folgenden Wortlaut:

„Menschen, die in unser Land — aus welchen Gründen auch immer — kommen, dürfen nicht Zielscheibe von Haß und Gewalt sein. Viele, auch die, die seit Jahren hier einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand unseres Volkes leisten, werden in Angst und Schrecken versetzt. Dafür gibt es keine Entschuldigung. Der Landtag Nordrhein-Westfalen verurteilt die Anschläge mit aller Entschiedenheit, wie jede Form von Ausländerfeindlichkeit.

Die Fraktionen des Landtags sind unterschiedlicher Meinung, wie die Probleme, die durch die steigende Zahl von Asylbewerbern entstehen, bewältigt werden können. Sie sprechen aber mit einer Stimme bei der Verurteilung von verbrecherischer Gewalt.

Wer Gewalt anwendet, wer zu Steinen und

Brandsätzen greift, darf nicht mit Verständnis rechnen. Er begeht Straftaten, die von den Strafverfolgungsbehörden unnachsichtig geahndet werden müssen.“



Es geht vorwärts

Zeichnung: R. Candea (Rheinische Post)

Die Woche im Landtag

Garzweiler II

Die Landesregierung will einen um ein Drittel verringerten Aufschluß des Tagebaus Garzweiler II unter Auflagen für Rheinbraun genehmigen. (Seiten 3 und 19)

Pflegeversicherung

In einer Aktuellen Stunde befaßte sich das Landesparlament mit Konzepten für eine Pflegeversicherung. (Seite 5)

Aufforstung

Die Aufforstung nordrhein-westfälischer Wälder mit Laubbäumen wird schwerpunktmäßig gefördert und mit Landesmitteln bezuschußt. (Seite 8)

Landesrundfunkgesetz

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement kündigte im Hauptausschuß eine Änderung des Landesrundfunkgesetzes an. (Seite 15)

Hebesätze

Bei der Klausurtagung des Haushaltsausschusses in Soest ging es auch um die kommunale Unternehmensbesteuerung. (Seite 17)

Weltkindertag

Am Weltkindertag stellten 270 Mädchen und Jungen den Abgeordneten in den Ausschüssen des Landtags wißbegierig Fragen. (Seite 21)

WORT UND WIDERWORT

Verbraucher soll Geschirrmobile entleihen können

Von
Klaus Strehl

Mit aggressiven Werbebehauptungen hat die Einwegverpackungsindustrie in der letzten Zeit versucht, Mehrwegverpackungen und Mehrweggeschirr in Mißkredit zu bringen. Verunreinigungen durch Reinigungsmittel und zu hoher Verbrauch von Trinkwasser, Erhöhung des Verkehrsaufkommens und zusätzlicher Treibstoffverbrauch sowie hygienische Bedenken werden als Argumente ins Feld geführt. Da sich zumindest die gesundheitlichen Bedenken bezüglich des Einweggeschirrs als nicht stichhaltig genug erwiesen haben, hat z. B. der Verbraucherschutzverein Berlin für die Firma PapStar ein Verbot derartiger Werbeaussagen erwirkt. Die Behauptung der besseren Umweltverträglichkeit von Einwegverpackungen und -geschirr entbehren des Beweises. Solange keine fundierten wissenschaftlichen Öko-Bilanzen für das Für und Wider von Verpackungen sämtlicher Art vorliegen, geht eine solche Diskussion ins Leere.

Von
Dr. Annemarie Schraps

Vor dem Hintergrund wachsender Müllberge ist die Müllvermeidung und -verwertung das Gebot der Stunde. Dies gilt für die ganze Breite des Abfallaufkommens. Ein Eckpfeiler der Töpferschen Abfallpolitik ist u. a. der Vorrang der Abfallvermeidung vor der Verwertung und der sonstigen Entsorgung. Nun aber geht es um die praktische Anwendung im Detail. Ein aktuelles Thema ist die Kontroverse um die Benutzung von Einweg- und Mehrweggeschirr. Befürworter und Gegner sind auf beiden Seiten reichlich anzutreffen, und so mangelt es nicht an Argumenten zu pro und contra. Während auf der Contra-Seite das unantastbare Argument des zu reduzierenden Müllaufkommens dominiert, weisen die Befürworter von Einweggeschirr auf die Hygieneproblematik und ebenfalls auf die Schonung der Umwelt hin. Denn die zur Reinigung des Mehrweggeschirrs benötigten Reinigungsmittel sowie das Wasser- und Energieaufkommen sind ebenfalls als Umweltbelastung zu berücksichtigen.

Von
Hans-Joachim Kuhl

Wenn ich mir die steigenden Abfallzahlen betrachte, dann kann ich nur sagen, daß wir an Abfall einsparen müssen, wo es nur irgend möglich ist. 1950 verursachte noch jeder Bundesbürger 100 kg Abfall pro Jahr. 1975 waren es bereits 300 kg, heutzutage muß mit 500 kg pro Einwohner und Jahr gerechnet werden. Die Ursache für das explosionsartige Anwachsen der Müllberge ist ein gesteigerter Warenumsatz, der konform mit einer Zunahme von Verpackungsmaterialien läuft. Problematisch wird die Situation, da keine ausreichende Entsorgungskapazität zur Verfügung gestellt wird. Dieses muß als vordringlichste Aufgabe in der Abfallproblematik angesehen werden. Wobei die Vermeidung oberste Priorität haben muß. Wir müssen auch wieder sehen, daß wir von den sogenannten Mangelverpackungen oder Luftverpackungen wegkommen zu funktionsgerechten Verpackungen, also sachgerechten Funktionen, die dem Schutz der Haltbarkeit, der Transportier- und Lagerfähigkeit von Waren dienen. Weiterhin müssen die Möglichkeiten einer Wie-

Von
Bärbel Höhn

Einweg ist kein Weg! Auf diese einfache Formel läßt sich der ökologische „Nutzen“ von Einweggeschirr und Einwegverpackungen bringen. Untersuchungen, z. B. vom Ökoinstitut Freiburg und Darmstadt zeigen, daß die Umweltbelastung durch Spülen von Geschirr im Vergleich zur Herstellung und Entsorgung von Einweggeschirr tendenziell geringer ist. Für den Vergleich zwischen Einweg- und Mehrwegflaschen ist dies schon länger bekannt. Nur die Umsetzung dieser Erkenntnis läßt zu wünschen übrig. Seit den siebziger Jahren geht der Anteil an Mehrweggetränkverpackungen zugunsten von Einwegflaschen und -dosen kontinuierlich zurück. Inzwischen besteht das Hausmüllvolumen zu 50 Prozent aus Verpackungen. Diese Müllberge und ein steigendes Umweltbewußtsein führen dazu, daß das Ansehen der Einwegverpackungen allmählich sinkt. Zur Zeit versucht die Industrie mit Hilfe des „Dualen Systems“,

SPD: 40 Prozent des Hausmülls sind Verpackungsmüll

Es sollte vielmehr das vorrangige Ziel der Abfallvermeidung in den Vordergrund gerückt werden. Denn der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Es gilt, die in Nordrhein-Westfalen jährlich anfallenden 17,7 Millionen Kubikmeter Verpackungsmüll, die mittlerweile einen Anteil von rund 40 Prozent am gesamten Hausmüllaufkommen ausmachen, zu verringern. Es sollen daher in den nächsten zehn Jahren auf der Grundlage des novellierten Landesabfallgesetzes 15 Prozent des Hausmülls zusätzlich verringert werden, wobei gerade der Verpackungsbereich sich zur Reduzierung des Müllaufkommens anbietet. Ein solches Ziel kann nur erreicht werden, wenn Materialien und Gebrauchsgüter genutzt werden, die sich durch Langlebigkeit und Wiederverwendbarkeit auszeichnen. Einwegverpackungen und Einweggeschirr werden diesen Anforderungen nicht gerecht. Sie tragen im Gegenteil erheblich zur Erhöhung des Abfallvolumens bei.

CDU: Vorrang für Abfallvermeidung

Grundsatz einer zukunftsweisenden Politik ist deshalb die Verbindung dieser beiden Gegensätze, d. h. Einweggeschirr sollte aus Gründen der Abfallvermeidung in privaten Haushalten, bei öffentlichen Veranstaltungen und in Großbetrieben vermieden werden. Wird es dennoch verwendet, so ist recycelbares oder kompostierbares Pappgeschirr den Plastikartikeln vorzuziehen. Mehrweggeschirr kann bei Anwendung der hygienischen Bestimmungen bevorzugt auch bei Großveranstaltungen und im kommunalen Bereich bei Festveranstaltungen und Vereinen eingesetzt werden. Geschirrmobile, die auf kommunaler und privater Ebene beschafft werden und vom Verbraucher gegen Gebühr entleihen werden können, erleichtern die Verwendung von Mehrweggeschirr bei öffentlichen und privaten Veranstaltungen. Trotz der neuen Verpackungsverordnung und anderer gesetzlicher Bestimmungen liegt ein Großteil der Verantwortung bei den Verbrauchern, deren Bewußtsein es zu schulen gilt.

F.D.P.: Einweggeschirr gehört nicht in Landschaft

derverwertung und Wiederverwendung ausgebaut werden. Einweggeschirr gehört überhaupt nicht mehr in die Landschaft. Dabei muß die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle übernehmen. Einen ersten Schritt zur Abfallvermeidung hat der Bundesgesetzgeber durch seine Verpackungsverordnung vollzogen. Somit hat er ab dem 1. Januar 1993 für Getränkeverpackung und Verpackungen für Wasch- und Reinigungsmittel sowie für Dispersionsfarben ein Pflichtpfand eingeführt. Die Verkaufsverpackungen sind vom Hersteller und vom Vertreiber zurückzunehmen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Dieser Weg muß aber bis zur endgültigen Vermeidung von Verpackungsmaterialien weitergegangen werden. Hier nenne ich die drei wichtigen „Entsorgungsbausteine“: Erstes Prinzip Vermeidung, zweites Prinzip stoffliche Verwertung, drittes Prinzip Standortfindung zur Entsorgung des Restmülls. Alle drei Entsorgungsbausteine müssen weiter ausgebaut und sinnvoll miteinander verknüpft werden, damit wir der Abfallberge endgültig Herr werden.

DIE GRÜNEN: Einweg ist kein Weg

das angeschlagene Image der Einwegverpackungen zu retten. Den Verbraucherinnen und Verbrauchern soll dabei suggeriert werden, sie verhielten sich ausgesprochen umweltfreundlich, wenn sie Einwegverpackungen kaufen. Denn demnächst gibt es ja eine spezielle Tonne dafür. Einwegverpackungen, vor allem die mit „grünem Punkt“, können dort hineingeworfen werden. Angeblich werden sie dann stofflich verwertet. Dies ist bequem und beruhigt das Öko-Gewissen. Aber was ist damit gewonnen? Nichts, denn die Menge an Verpackungsmüll wird dadurch nicht um ein Gramm geringer. Auch die vielgepriesene stoffliche Verwertung funktioniert vor allem für Kunststoffe noch so schlecht, daß meistens nur minderwertige Produkte wie Parkbänke daraus hergestellt werden können. Wer hat etwas davon, wenn das ganze Land mit Parkbänken übersät wird? Die Umwelt sicherlich nicht! Die Alternative bleibt nach wie vor: Müllvermeidung durch Mehrweg.

Opposition kritisiert: Parlament bei Entscheidung nicht beteiligt

Landesregierung will Abbaupläne für Tagebau Garzweiler II um ein Drittel verringern und mit Auflagen genehmigen

Einen „erheblich verkleinerten“ Aufschluß des Braunkohlentagebaus Garzweiler II will die Landesregierung unter der Bedingung genehmigen, daß der Antragsteller Rheinbraun für eine deutliche Verringerung der Schadstoff- und Kohlendioxid-Emissionen Sorge. Umweltminister Klaus Matthiesen verdeutlichte am Dienstag, 24. September, in einer Sondersitzung des Landtags bei seiner Regierungserklärung, die Landesregierung mache ihre Entscheidung von der Bereitschaft des Unternehmens zu einer ökologischen Neuausrichtung abhängig. Die Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Linssen, sowie der F.D.P., Dr. Achim Rohde, erhoben den Vorwurf, die Landesregierung wolle eine Entscheidung „übers Knie brechen“, ohne vorher das Parlament ausreichend beteiligt zu haben. Grünen-Sprecher Dr. Michael Vesper wagte die Prognose, Garzweiler II werde es gar nicht geben. Die Menschen würden ein solches Projekt nicht mehr hinnehmen. Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll das Abbauvorhaben Garzweiler II um ein Drittel verringert werden. Dann müßten nur noch 8 000 statt 12 000 Anwohner umgesiedelt werden. Bei der Abstimmung wurden Entschließungsanträge der F.D.P. und der Grünen abgelehnt (Drs. 11/2408 und 2416) sowie ein Entschließungsantrag der SPD (Drs. 11/2431) gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen angenommen.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erklärte für die Landesregierung, die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen des beantragten Tagebaus seien in einem umfangreichen Untersuchungsprogramm geprüft worden. Niemals zuvor habe die Landesregierung ein so intensives und so umfassendes Untersuchungsprogramm durchgeführt. Im Zusammenhang mit dieser Gesamtprüfung habe die Landesregierung eine Festlegung getroffen, nämlich die: Der Naturpark Schwalm-Nette dürfe nicht zerstört werden. Träte dies ein, würde Garzweiler II nicht genehmigt. Die Landesregierung bekräftigte, daß es bei dieser unverrückbaren Positionsbestimmung bleibe. „Das heißt, auch bei Nachweis der energiepolitischen Notwendigkeit waren und sind wir nicht bereit, diesen ökologischen Preis zu zahlen“, sagte der Minister. Die Landesregierung mache sich ihre Entscheidung nicht leicht, denn sie wisse, die Umsiedlung stelle für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger einen tiefen Einschnitt in ihre Lebenssituation dar, der ihnen im Interesse der Allgemeinheit nur zugemutet werden könne, wenn die energiepolitische Notwendigkeit des Abbaus und seine ökologische Verträglichkeit feststünden und gleichzeitig ihre sozialen Belange gewahrt würden. Der Minister wies aber auch darauf hin, daß nach einer Prognosestudie, NRW auf eine Grundlastverstromung aus Braunkohle zwingend angewiesen sei. In diesem Zusammenhang bekräftige die Landesregierung ihre Auffassung, daß sie nicht bereit sei, die kalkulierbaren Risiken der Kohle gegen die unkalkulierbaren Risiken der Kernenergie einzutauschen. Zu Garzweiler II gebe es keine räumlichen Alternativen. Der einzige quantitativ in Betracht kommende Raum Erp-Irresheim scheide aus. Die Voraussetzungen für eine rahmensetzende Leitentscheidung der Landesregierung seien erfüllt. Sie verschweige aber nicht, daß begrenzte Risiken verbleiben. Sie werde daraus die Konsequenz ziehen, die verbleibenden ökologischen Risiken zu minimieren und die Zahl der Umsiedlungen auf den unabweisbaren Umfang zu reduzieren. Deshalb werde die Landesregierung den Tagebau in der beantragten Form nicht genehmigen: Bejaht werde ein erheblich verkleinerter Tagebau, der zugleich die Schutzgarantie für den Naturpark Schwalm-Nette durch eine wasserwirtschaftlich-ökologische Schutzlinie einlöse. Die von der Landesregierung noch zu treffende Leitentscheidung würde bedeuten, daß der Ortsteil Wanlo der Stadt Mönchengladbach vom Abbau nicht erfaßt werde. Von der Stadt Erkelenz lägen die Ortsteile



Ökologie und energiepolitische Zwänge: v.l. Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsgeschäftsführer Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) und Klaus Strehl (SPD).

Venrath Kaulhausen, Terheeg, Wockerath und Kückhoven nun außerhalb des Abbaugbietes. Das seien über 3 000 Einwohner. Insgesamt brauchten mehr als 4 000 Menschen nicht umzusiedeln. Ein erheblich verkleinerter Tagebau führe auch zu deutlichen wasserwirtschaftlichen bzw. ökologischen Verbesserungen, u. a. würde der Abstand zu den schützenswerten Feuchtgebieten wesentlich vergrößert und die Abbautiefe verringert. Weniger Fremdwasser würde benötigt und die Möglichkeiten zur Grundwasseranreicherung verbessert.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, sagte, die Opposition sei gezwungen, mit Hilfe einer Sondersitzung, dem letzten parlamentarischen Mittel, auf eine unverantwortliche Vorgehensweise seitens der Landesregierung und der SPD-Mehrheitsfraktion aufmerksam zu machen. Man lasse es nicht zu, daß die Landesregierung heute eine Leitentscheidung zu Garzweiler II fälle, bevor die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen vom Parlament untersucht, bewertet und miteinander abgewogen seien. Noch bevor die letzte der beiden Anhörungen stattgefunden habe, bevor beide Anhörungen ausgewertet und deren Ergebnisse hier im Landtag diskutiert worden seien, gehe die Landesregierung hin und wolle eine Entscheidung übers Knie brechen, deren Auswirkungen sich auf Generationen erstreckten und die erst im nächsten Jahrtausend, genau gesagt, im Jahre 2005, zu greifen begännen. Wenn die Landesregierung jetzt in ihrer Leitentscheidung von einem verkleinerten Tagebau ausgehe, dann entbehre diese Entscheidung jeglicher Geschäftsgrundlage. Die Voraussetzungen für eine rahmensetzende Leit-

scheidung seien eben nicht erfüllt. Der CDU-Fraktionschef fragte, woher der Umweltminister eigentlich das Recht zu seiner Behauptung ableite, daß der Naturpark Schwalm-Nette mit der von ihm willkürlich festgesetzten Schutzlinie nicht zerstört oder gravierend beeinträchtigt werde? Wenn die Landesregierung jetzt den Tagebau Garzweiler II verkleinere, „dann müssen wir bezüglich des geplanten Gebietes neue Gutachten zu den ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen in Auftrag geben.“ Das sei man den betroffenen Menschen vor Ort in dieser Region schuldig. Linssen kritisierte weiter, daß die Landesregierung sich weigere, das energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung abzuwarten, in das die Entscheidung zu Garzweiler II selbstverständlich integriert werden müsse. „Warum eigentlich auf einmal diese Eile?“ Der Umfang eines künftigen Tagebaus Garzweiler II hänge nicht zuletzt von der Entwicklung neuer Kraftwerkstechnologien mit höheren Wirkungsgraden und deutlich geringeren CO₂-Emissionen ab. Die Landesregierung habe die Pflicht, bei einer derart wichtigen Entscheidung, wie sie Garzweiler II darstelle, das Parlament mit in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, richtete an den Umweltminister den Vorwurf, jahrelang habe dieser „uns die Gutachten doch vorenthalten“. Vor 14 Tagen habe man diese Gutachten bekommen, und sofort danach habe es ein Hearing und zehn Tage nach dem Hearing diese Sondersitzung „mit unseren Anträgen“ gegeben. Wer so mit den Bedenken der öffentlichen Meinung und Öffentlichkeit umgehe, der mache wirklich deutlich, daß er nicht die notwendige

Sorgfalt walten lasse, eine richtige, vernünftige und abgewogene Entscheidung zu treffen. Rohde erhob die Forderung: „Stellen Sie die Leitentscheidung auf neue rechtliche, ökonomische und ökologische Grundlagen. Warten Sie ab, bis sich die Zweifel, die wir hier alle vorgetragen haben, auch in der entsprechenden Weise von der Energiewirtschaft bis zur Ökologie in Ihrer Entscheidung wiederfinden!“ Ihn habe gewundert, daß sowohl in dem Antrag der SPD-Fraktion als auch in der Rede des Umweltministers die Gewinnung von Braunkohle der Vernichtung des größten Grundwasserschatzes, den es je in Deutschland, Europa oder sogar in der Welt gegeben habe, nicht gegenübergestellt werde. Jedes Jahr würden mindestens eine Milliarde Kubikmeter Wasser einfach vernichtet. Rohde vermißte Überlegungen zu Alternativen.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) sagte voraus, die Menschen würden ein Projekt, das gegen ihre Zukunft gerichtet sei, nicht einfach hinnehmen. Jedem einzelnen Schritt würden sie sich entgegenstellen. „Darum wage ich die Prognose: Garzweiler II wird es nicht geben, auch wenn Sie jetzt anders entscheiden.“ Er sei seiner Prognose

liege allein in der Hand der Landesregierung. Ob sich das Parlament mit dem Vorhaben „Garzweiler II“ überhaupt befasse und in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt dies geschehe, habe auf die von der Landesregierung zuständigkeithalber zu treffende Entscheidung keinen Einfluß. Die gestellte Forderung, angeblich anstehende Beratungen zu der bisher erfolgten und noch am 11. Oktober stattfindenden Anhörung zu Garzweiler II abzuwarten, gehe daher völlig fehl, ja, sei gerade absurd.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) erklärte zu dem Vorwurf, es seien nicht genügend räumliche Alternativen untersucht worden, das sei objektiv falsch. Professor Görge habe in seiner Untersuchung alle Tagebaumöglichkeiten und alle Tagebaukombinationsmöglichkeiten untersucht und das wichtigste Ergebnis sei unter dem Strich: Eine Rückkehr zu vielen kleinen Tagebauen wäre ein Rückschritt und würde in jeder Kombination ein deutlich schlechteres Ergebnis bringen, und zwar nicht hinsichtlich der Kosten und des Gewinns des Unternehmens, sondern hinsichtlich der Eingriffe in die Landschaft, des Verhältnisses zwischen Abraum und Kohle und der

betrage nämlich 600 Quadratkilometer, und die sehr wahrscheinlich beeinträchtigte, zu gewichtende ökologische Fläche werde 1791 Quadratkilometer betragen. Das seien mehr als 25 Prozent der Fläche des Regierungsbezirks Köln. Und dieses gesamte Tagebauvorhaben Garzweiler II werde dann 38 Jahre lang durchgezogen. Da man jetzt doch erkannt habe, daß es ein erhebliches Potential an Widerstand gebe, sei es ein weiterer Trick der Landesregierung gewesen, den Tagebau Garzweiler II im Rahmen einer Kurskorrektur zu verkleinern und nicht in vollem Umfang durchzuführen.

Gerhard Mai (DIE GRÜNEN) betonte, die nordrhein-westfälische SPD stehe wirklich mit der IG Bergbau und Energie und dem RWE mit ihrer Entscheidung für Garzweiler II ziemlich allein. Alle Oppositionsparteien seien heute gegen diese Entscheidung: die Städte, Gemeinden und Kreise in der Region wie auch die Provinzregierung im benachbarten niederländischen Limburg, zahlreiche Bürgerinitiativen, beide Kirchen, alle nordrhein-westfälischen Umweltverbände und bedeutende Energie- und Klimaexperten.

Ernst-Otto Stüber (SPD) erinnerte daran, daß die SPD-Fraktion bei der endgültigen Genehmigung zwei Dinge zwingend voraussetze und von der Landesregierung einfordere. Erstens gebe es keine neue energie-wirtschaftliche Gesamtbetrachtung. Man wolle wirklich das einbeziehen, was die Bundesregierung mache. Zweitens mache man das davon abhängig, daß die Landesregierung in Verhandlung mit den Betreibern, Rheinbraun und RWE Energie AG, erreiche, daß sie auch bereit seien, künftig den Braunkohlenabbau nicht mehr allein unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen, sondern daß sie sich als Unternehmen auch einer sozialverträglichen, ökologischen und wasserrechtlichen Verantwortung bewußt würden.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) ging auf die „Restlochfüllung“ ein. Rheinwassereinspeisung werde über Jahrhunderte erforderlich bleiben, eine völlig ungesicherte Hypothek auf die Zukunft. Die Rheinwassereinspeisung stelle keine Lösung dar, sondern sie schaffe noch viel größere Probleme. Das Wasser des Rheins sei bekanntlich mit Hunderten von nichtabbaubaren Schadstoffen belastet, die aus der Chlorchemie stammten. „Herr Matthiesen, Sie vergiften und ruinieren mit diesem Rheinwasser die Grundwasservorräte einer ganzen Region, die in Jahrhunderten angesammelt wurden – mit völlig unabsehbaren Konsequenzen für Trinkwasserversorgung, für Flora und Fauna“, warnte der Abgeordnete.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) unterstrich in einem weiteren Redebeitrag, natürlich habe man ständigen Kontakt mit den niederländischen Nachbarn gehabt. „Wir haben ständigen Kontakt in der Deutsch-Niederländischen Grenzgewässerkommission; wir haben mehrfach Diskussionen in Deutsch-Niederländischen Raumordnungskommissionen gehabt“, sagte der Minister. Als wichtig bezeichnete er es, daß man die Mitarbeit der Provinz Limburg am Grundwassermodell Venloer Scholle habe, eine Mitarbeit, wie sie auch den deutschen Kommunalvertretern garantiert worden sei. Selbstverständlich werde die niederländische Seite voll am Braunkohleplanverfahren beteiligt. Fortsetzung Seite 16



Kritik an der Landesregierung: Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU) am Rednerpult. Die Sitzung leitete zu der Zeit Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (dahinter).

so sicher, daß, egal wie die Landesregierung heute oder morgen entscheide, Garzweiler II letztlich nicht durchsetzbar sein werde. Es passe nicht in diese Zeit. Es sei ein Fossil, schon bevor es begonnen werde. Energiepolitisch brauche man Garzweiler II nicht. Klimapolitisch stehe es gegen die Notwendigkeit zur Verminderung von CO₂. Umweltpolitisch bedrohe es eine ganze Region mit den größten natürlichen Feuchtgebieten in Mittel- und Nordosteuropa. Sozialpolitisch führe es zur Umsiedlung ganzer Ortschaften, was eben nicht sozialverträglich gestaltet werden könne. Kurz: Garzweiler II sei weder machbar noch verantwortbar. Jede Entscheidung für dieses Projekt, auch in verkleinerter Form, werde nur ein weiteres Beispiel nordrhein-westfälischer Maßlosigkeit und ökologischer Ignoranz besetzen.

Klaus Strehl (SPD) bezeichnete es als selbstverständlich, daß der Braunkohlenausschuß im Rahmen des Verfahrens eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen werde, und zwar noch intensiver und noch mehr ins Detail gehend, als es in anderen Umweltverträglichkeitsprüfungen der Fall sei. Die Landesregierung habe die vorliegenden Gutachten in eigener Verantwortung zu bewerten und daraus ihre Konsequenzen zu ziehen, das heiße, die Leitentscheidung zu treffen. Der Zeitpunkt der Entscheidung

Umsiedlungsnotwendigkeit. Das habe dazu geführt, daß zum Beispiel Erp-Irresheim „für uns keine Alternative ist“.

Heinrich Kruse (CDU) sagte, wer könne denn nach den Ereignissen und Verlautbarungen der letzten Wochen überhaupt noch etwas glauben? Hier sei seit langem taktiert worden, wie es auffälliger nicht sein könne. Da werde eine zukünftige Generationen betreffende Frage ganz locker zeitlich so vorgezogen, daß die Fakten und Ergebnisse großer Expertenrunden die offensichtlich lange vorher festgelegte Meinung der Landesregierung gar nicht erst störten. Kruse fuhr fort, es gebe eine untrennbare Verflechtung zwischen der Energieversorgung und Umweltfragen. Am Beispiel des riesigen Tagebaus Garzweiler II werde es besonders deutlich. Der CDU sei klar, daß im Energieangebot die Braunkohle auch zukünftig eine wesentliche Rolle spielen werde: „Wir brauchen in der Energiepolitik aber den ganzheitlichen Ansatz, der alle Wechselbeziehungen berücksichtigt“, sagte der Abgeordnete.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) wies darauf hin, daß auch nach Reduzierung die von Garzweiler II beeinflusste Fläche nicht erheblich kleiner werde. Sie werde wirklich nur etwas kleiner. Die beeinflusste Fläche

Aktuelle Stunde: Pflegeversicherung im sozialen System für alle

SPD wirbt um „Große Pflege-Koalition“ — F.D.P. lehnt Blüm-Modell ab

Ulrich Schmidt (SPD, Vizepräsident) machte der CDU das Angebot einer „Großen Pflege-Koalition“ im NRW-Landtag. Zwei Millionen Pflegebedürftige und deren Helfer sei mit Halbherzigkeit nicht gedient. In der unendlichen Geschichte gehe es um die Schließung eines Lochs im Sozialsystem. Die Wechselbäder in der Bonner Koalition und in Flügelkämpfen müßten aufhören. Ein Aufschieben der Lösung werde die SPD nicht mitmachen. Der SPD-Gesetzentwurf liege zur Beratung an.

Hermann-Josef Arentz (CDU) bezog sich auf den Vergleich mit einem Eisenbahnzug: Lokführer sei Blüm, alle anderen nur Mitfahrer. Der Beschluß des CDU-Vorstandes sei ein klares Ja zur sozialversicherungsrechtlichen Lösung. Privatversicherung sei nicht möglich, er belaste entweder die Steuerzahler oder führe für die Älteren zu unzumutbaren Belastungen. Ferner müsse sich jeder versichern. Die private Ergänzung werde empfohlen. Hundertprozentige Deckung nach dem SPD-Entwurf sei eine Mogelpackung. „Wir werben für Grundabsicherung und Eigenvorsorge.“

Heinz Lanfermann (F.D.P.) erklärte, die F.D.P. setze sich für eine Vorsorgepflicht für alle Bürger ein, auch für Beamte und Selbständige, jedoch mit freier Wahl zwischen Krankenkasse oder Versicherungsgesellschaft. Die Umverteilungsvorschläge von SPD und CDU lehne die F.D.P. ab. Die von ihnen geforderte neue Sozialversicherung verteuere den Faktor Arbeit und belaste heutige Beitragszahler doppelt. „Wir brauchen ein Kapitaldeckungsverfahren“, sagte Lanfermann, das könne durchaus Elemente einer Umlage haben. Entscheidend sei, daß jeder Versicherte sein eigenes Kapital anspare. Zahlungen an bereits Pflegebedürftige könnten erfolgen, weil für solche bereits Mittel aus der Sozialhilfe aufgebracht würden.

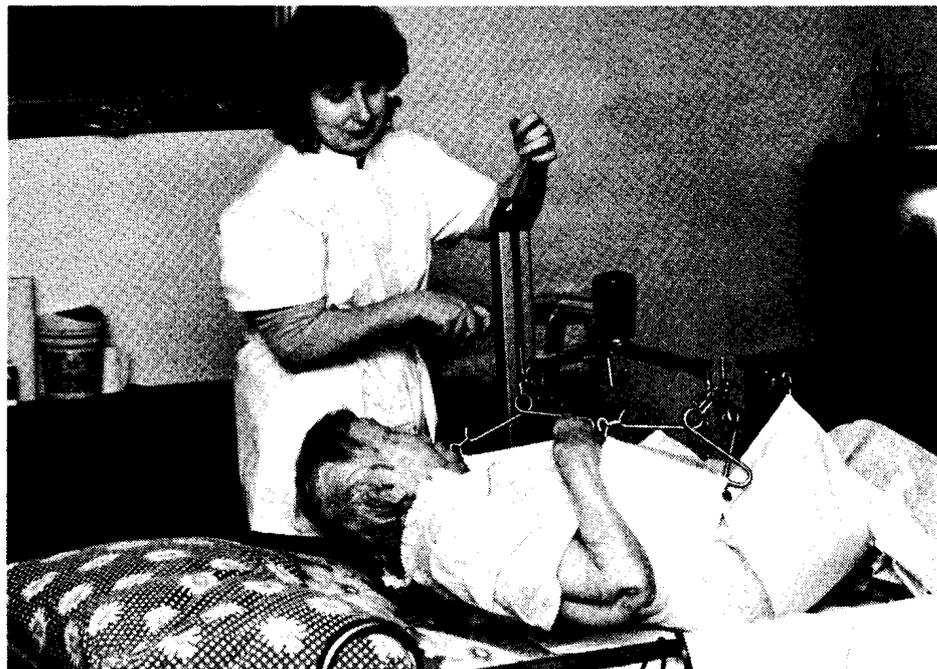
Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) hielt den CDU-Beschluß für eine Niederlage Blüms. Der „glücklose Napoleon der Sozialpolitik“ vernachlässige die pflegebedingte Armut und löse nicht das Problem unbezahlter Pflegearbeit, vor allem von Frauen. Auch in seinem abgespeckten Modell komme nichts für die Angehörigen und für die Pflegekräfte heraus. Es bestehe die Gefahr eines reinen Verschiebeparkplatzes bei den Finanzen. Die opportunistische Reaktion der SPD sei beunruhigend.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) begrüßte die Aktuelle Stunde, da jeglicher Fortschritt bei diesem Thema mühsam über Landtage und Landesregierungen erkämpft werden müsse. Beim „Tendenzbeschuß“ der CDU stehe die Zustimmung der CSU aus, die F.D.P. lasse auf geringe Durchsetzungschancen schließen. Auch die NRW-CDU scheine zur Handlungsunfähigkeit beizutragen. Am Freitag habe die NRW-Regierung im Bundesrat gemeinsam mit SPD-geführten Ländern ihren Gesetzentwurf eingebracht, dieser entspreche dem Landtagsbeschuß vom 13. Juni 1991. Die Pflegeversicherung erfolge als neuer Zweig der Sozialversicherung mit Pflicht für die gesamte Bevölkerung, alle Jahrgänge würden von Anfang an einbezogen, bei den Lei-

In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Einführung einer Pflegeversicherung im Rahmen des Sozialversicherungssystems“ warben am 2. Oktober die SPD-Redner für den von der Landesregierung im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf und die CDU-Redner für das vom CDU-Bundesvorstand beschlossene Blüm-Modell.

stungen werde der häuslichen Pflege Vorrang eingeräumt. Bei Heimunterbringung gebe es eine Dreiteilung bei den Kosten für Pflege, Aufenthalt und Investitionen. Der Grundsatz sei unverzichtbar. Die CDU solle mit für eine Mehrheit sorgen und der Bremser-F.D.P. keine Chance geben.

sozial Schwache würden mehr zahlen müssen gegen weniger Leistungen. Bei niedriger Beitragsgrenze könnten Höherverdienende preiswert einsteigen. Insgesamt würden quantitative Verbesserungen für alte Menschen sowie für benachteiligte Personengruppen ausgenommen.



Damit pflegebedürftige alte Menschen nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sind, soll das Risiko hoher Kosten durch eine Pflegeversicherung aufgefangen werden.
Foto: Peter Wirtz

Wolfram Kuschke (SPD) hielt die Beitragsbemessungsgrenze für ein Schlupfloch, mit dem sich Beamte und Selbständige davonstehlen könnten. In den Grundfragen stimme die SPD mit dem CDU-Beschluß überein, aber zu fragen sei nach der Durchsetzung. Mit „Grundabsicherung“ und „Grundvorsorge“ führe die CDU neue Begriffe ein, über die ein Konsens erzielt werden müsse. Mit der F.D.P. könne man nicht zusammenkommen.

Wolfram Kuschke (SPD) zeichnete in einer weiteren Diskussionsrunde die Initiativen der SPD und der CDU nach und forderte erneut die CDU auf, dem SPD-Entwurf im Bundesrat zum Durchbruch zu verhelfen.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) wandte sich gegen Unterstellungen, die F.D.P. sei gegen eine Pflegeversicherung. Im Gegenteil trete sie auch für eine Pflichtversicherung ein. Das Blüm-Modell sei auch in abgespeckter Form eine Mogelpackung. Wünsche würden formuliert, über die Finanzierung geschwiegen. Dringend erforderliche Steuersenkungen sollten der Pflegeversicherung geopfert werden. Der Wettbewerb im Binnenmarkt werde härter, die mittelständische Wirtschaft dürfe nicht zusätzlich belastet werden.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) kritisierte, in beiden Modellen würden die Beschäftigten kräftig zur Kasse gebeten,

Heinrich Dreyer (CDU) meinte zum Eisenbahn-Vergleich, die SPD springe auf einen fahrenden Zug auf. Zugführer sei Geißler, das Abfahrtsignal gebe Kohl. Die SPD habe das Problem lange nicht gesehen, nur Landesdirektor Neseke habe rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht. Das Umlageverfahren halte die gesamte CDU für richtig. Die Pflichtversicherung solle die Pflegekosten umfassen, die „Hotelkosten“ blieben außen vor. Beim Ausarbeiten müsse darauf geachtet werden, daß die Versicherungsgrenze nicht zu hoch sei. Doppelbelastung trete beim F.D.P.-Modell ein.

Dr. Wilhelm Vollmann (SPD) wies auf mögliche weitere Erhöhung der Lebenserwartung hin, so daß der dreiprozentige Anteil Pflegebedürftiger noch steigen könne. Es sei allerhöchste Zeit, die Weichen zu stellen, ehe es wegen noch größerer Probleme zu spät sei. Neue hohe Subventionen für die private Versicherungswirtschaft, einen blühenden Wirtschaftszweig, dürfe es nicht geben. Die Kommunen bräuchten dringend Entlastung.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, begrüßte ebenfalls die Gelegenheit, den CDU-Beschluß zu erläutern. Bei der Abwägung von Lösungsmodellen gehe es um die Einbeziehung pflegenaher Jahrgänge, um steigende Altenanteile, für die eine privatrechtlich geschützte Kapitalrückstellung erforderlich sei, und um Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Für und wider die Kollegschule als Regelschule

Für und wider die Kollegschule als Regelschule ging es bei der Debatte über den SPD-Antrag „Stärkung der Qualifizierungsarbeit der beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 11/1084) sowie den Grünen-Antrag „Für eine gesellschaftliche und pädagogische Neuorientierung der Berufsbildung an den beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 11/1301). In die Beratung einbezogen waren ein Entschließungsantrag der CDU (Drs. 11/2066) sowie Änderungsanträge von CDU und F.D.P. Der SPD-Antrag in der vom Ausschuß für Schule und Weiterbildung beschlossenen Fassung wurde angenommen, der Antrag der Grünen für erledigt erklärt. Der CDU-Entschließungsantrag fand keine Mehrheit.

Hans Frey (SPD) unterstrich, die Sozialdemokraten wollten in dieser Legislaturperiode die Kollegschule zur Regelschule machen. Er ergänzte: „Wir beschließen heute nicht die gesetzliche Einführung der Kollegschule, sondern wir beschließen eine Absichtserklärung, sozusagen einen Auftrag an die Landesregierung, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.“ Frey fuhr fort, man werde darauf achten, „daß wir keine dritte Schulform in der Sekundarstufe II haben; daß keine Spaltung des Berufsschulsystems entsteht und daß Kollegschulen in enger Anbindung an berufliche Schulen entstehen.“

Beatrix Philipp (CDU) fragte ihren Vorredner sowie die gesamte SPD-Fraktion: „Warum haben Sie den unter Punkt 4 vorgesehenen Auftrag an die Landesregierung, die Kollegschule weiter auszubauen, diese Schulform im Schulrecht als Regelschule zu verankern und das Modell Kollegschule auf andere Schulformen zu übertragen, in Ihrer Einbringungsrede im Plenum kein einziges Mal erwähnt?“ Frau Philipp erinnerte daran, daß bei einer Anhörung fast ausnahmslos alle Experten

dagegen gewesen seien, die Kollegschule weiter auszubauen.

Andreas Reichel (F.D.P.) meinte, die Doppelqualifikation, das, was für die SPD Ausweis für den Erfolg dieser Schule sei, werde nur von einem Bruchteil der Schüler erreicht. Kienbaum spreche von 15 Prozent. Auffällig an diesem Schulversuch sei nur gewesen, daß es einen kräftigen Versuchszuschlag beim Personal und mehr Geld bei gleichzeitig reduzierter Lehrerarbeitszeit gegeben habe. Das sei unter dem Strich ein teurer, nur ideologisch begründeter Etikettenschwindel gewesen.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) erklärte, die Berufsschule als eine Säule des dualen Ausbildungssystems stehe vor dem Zusammenbruch. „Wir brauchen Grundsicherung.“ Die Abgeordnete fuhr dann fort: „Wir unterstützen den Kollegschulversuch.“ Für die Grünen sei wichtig an der Kollegschule: Der Anspruch nach Emanzipation werde erfüllt, sei strukturbildendes Element; die soziale Koedukation sei strukturbildendes Element und das ganzheitliche Lernen als integrierter Ansatz für Berufliches und Allgemeinbildendes. Der Kollegschulversuch sollte in den Alltag umgesetzt werden.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) betonte, auch wenn es um die Kollegschule gehe, sollte man sich um Sachlichkeit bemühen. Es wäre doch nicht vernünftig, aus der Kollegschule einen Versuch ohne Ende zu machen. Dieser Versuch laufe übrigens seit 20 Jahren. Und daß für die Überführung des Kollegschulversuchs ins Regelschulsystem ein eigenes Gesetzgebungsverfahren notwendig sei, stehe doch völlig fest. Der Minister bekräftigte, niemand wolle in der Kollegschule die duale Ausbildung durch irgendetwas anderes ersetzen. Der schulische Teil der Berufsausbildung im dualen System sei wesentlicher Teil der Kollegschule und werde es auch bleiben.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) blieb bei seiner Auffassung, die er bereits im Wirtschaftsausschuß geäußert habe, wobei er darum bäte, aus der Debatte über die Stärkung der Qualifizierungsarbeit der beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen keine ideologiebehaftete Auseinandersetzung zu machen.

Problem Kampfhunde Fraktionen gegen „Killermaschinen“

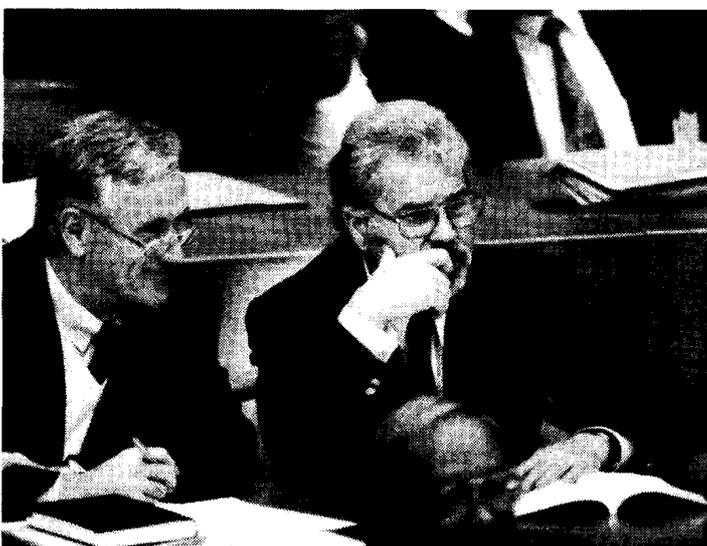
Dem Schrecken, den sogenannte Kampfhunde ausüben, muß ein Ende gesetzt werden. Darüber waren sich alle Fraktionen bei der Beratung eines CDU-Antrages zum Thema „Zucht und Haltung von Kampfhunden nur noch mit besonderer Erlaubnis“ einig (Drs. 11/2344).

Klaus Stallmann (CDU) sagte, es gehe um den Schutz vor sogenannten Kampfhunden, es gehe aber auch um die Fürsorgepflicht von Züchtern und Haltern, die verantwortungsbewußt seien und artgerecht züchteten und hielten. Die CDU fordere die Landesregierung auf, unverzüglich eine Rechtsverordnung vorzulegen, damit es auch im Lande NRW in der Zukunft rechtliche Handhabungen gebe.

Herbert Heidtmann (SPD) wies darauf hin, die Gefährlichkeit dieser „Killermaschinen“ habe auch die Landesregierung veranlaßt, eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat einzubringen — das habe die Opposition ein bißchen mit der linken Hand abgetan —, die das Verbot des Züchtens und Abrichtens von Kampfhunden zum Gegenstand habe. Bevor also der Antrag der CDU-Fraktion entstanden sei, habe die Landesregierung in dieser Sache bereits gehandelt.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) kritisierte, bei den Kampfhunden, wie sie die CDU bezeichnet habe, fehlten zum Beispiel die Schäferhunde. Er wolle ganz deutlich machen: „Wir als F.D.P.-Fraktion sind gegen Kampfhunde.“ Er sei bereit, sogar weiter zu gehen als die CDU in ihrem Antrag, die die Kampfhunde weiter züchten wolle, allerdings nur dann, wenn sie in geschlossenen Räumen seien. Er sprach sich dafür aus, solche Tierzuchtungen in Gänze zu verbieten.

Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) betonte, natürlich, und da sei man sich fraktionsübergreifend einig, müsse dem Schrecken, den die sogenannten Kampfhunde ausübten, ein Ende gesetzt werden. „Wir hoffen, daß eine Verordnung da wirklich weiterhilft.“ Eine bundeseinheitliche Regelung wäre wesentlich.
Fortsetzung Seite 7



Plenare Augenblicke: v.l. der Staatssekretär im Innenministerium, Wolfgang Riotte, und der Abgeordnete Helmut Hellwig (SPD) sowie im rechten Bild Regina van Dinther (CDU).
Fotos: Schüler

Streit um Größe und Leistungsfähigkeit von Rundfunksendern

Ruth Hieronymi (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, erklärte, jedem Land eine eigene Rundfunkanstalt — dies lähme die Leistungsfähigkeit und auch die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, weil die kleinen Anstalten verhältnismäßig teuer seien. Landeseigene Rundfunkanstalten seien auch keine Kernfrage des Föderalismus. Deshalb habe die CDU-Fraktion in diesem Landtag den Antrag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert werde, sich dafür einzusetzen, daß im ARD-Verbund durch Neugestaltung beziehungsweise Reorganisation wirtschaftlich tragfähige und leistungsfähige Rundfunkanstalten geschaffen würden, die nicht auf einen Finanzausgleich angewiesen seien. „Gleiches Recht für alle — in den neuen Bundesländern und in den alten Bundesländern!“ betonte Frau Hieronymi.

Jürgen Büssow (SPD) vermutete, daß der CDU-Antrag nicht ganz ernst gemeint sei. Interessant sei die Erwägung der CDU, daß die kleinen Anstalten teurer und die großen billiger seien. „Wo nehmen Sie das eigentlich her, Frau Hieronymi, Sie Fachfrau? Nennen Sie doch dem verehrten Publikum einmal die Kennziffer der optimalen Betriebsgröße einer Rundfunkanstalt!“, sagte Büssow. In Deutschland sei doch niemand in der Lage, sie zu nennen. Die CDU sollte sich vielmehr der Mühe unterziehen, einmal nachzuprüfen, was eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige Anstalt überhaupt sei. Vielleicht sollte sie sich mit der

Die CDU-Fraktion hat sich bei der Beratung ihres Antrages zur Neustrukturierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den westdeutschen Bundesländern (Drs. 11/2337) dafür ausgesprochen, im ARD-Verbund durch Neugestaltung wirtschaftlich tragfähige Rundfunkanstalten zu schaffen, die nicht auf einen Finanzausgleich angewiesen seien. Die übrigen Fraktionen waren für den Erhalt der kleineren Institutionen. Im übrigen wurde der Union Nähe zu den Privatsendern vorgehalten. Ihr gehe es eigentlich darum, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk langfristig zu schwächen.

Frage befassen, ob eine Rundfunkanstalt eigentlich alles machen müsse, ob diese Tendenz zur Autarkie überhaupt nötig sei.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, merkte an, wenn er sich zum Beispiel RTL plus ansehe oder CBN, müsse man wirklich sagen: Hier würden absolut qualifizierte Programme geboten, professionell gemacht. Da sei eben nicht die Größe entscheidend. Allerdings sei auch nicht der öffentlich-rechtliche Charakter entscheidend. Zur Frage, ob man nicht öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten von einem größeren Zuschnitt herbeiführen könne, die möglicherweise wirtschaftlicher seien, sagte Rohde, das könne man alles seit Jahren verlangen. „Nur, was haben wir denn eigentlich für einen Neuzuschnitt der Länder zusammengebracht?“ Das müsse man doch sehen: Außerordentlich wenig. Am Beispiel USA mit großen und kleinen Staaten stelle sich für ihn vom föderalen Gesichtspunkt her die Frage, ob es nicht sinnvoll sei, sich mit solchen kleinen Institutionen abzufinden. Dazu gehöre dann möglicherweise auch ein eigenständiger Rundfunk — ob an der Saar oder in Bremen.

Bärbel Höhn (Die Grünen) erläuterte, die inzwischen schon von einigen Sendern praktizierte Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis sei der bessere Weg zur Kostensenkung. Das denke sie, sei die Zukunft:

Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis, sagte Frau Höhn. So übernehme zum Beispiel Radio Bremen teilweise das Hörfunkprogramm von WDR 4; der Südwestfunk, der Saarländische Rundfunk und der Süddeutsche Rundfunk veranstalteten gemeinsam die Kette S 3. Die Fraktionssprecherin ging allerdings davon aus, daß die Zielsetzung des Antrags eine ganz andere zu sein scheine. Die Klientel der CDU seien die Privatsender. Es gehe hier nämlich langfristig darum, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schwächen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sagte, der Antrag der CDU, eine Neuordnung des Rundfunkwesens vorzunehmen, komme wirklich zu spät. Die CDU hätte so etwas debattieren lassen müssen, bevor sich die Ministerpräsidenten zusammengesetzt hätten. Die 16 Regierungschefs hätten sich nun verständigt. Die Sorgen, die die CDU äußere, seien unberechtigt. Das alles sei durch Gutachten der KEF nachgeprüft worden. Es sei sichergestellt, daß es auch dann, wenn die ARD erweitert werden solle, keine Schwierigkeiten gebe. Es stehe fest, daß der Finanzausgleich weiterhin gezahlt werde. Der SFB werde möglicherweise aus dem Finanzausgleich herauskommen. „Das halte ich für gut“, unterstrich der Minister. Im übrigen erinnerte er daran, das Prinzip des Finanzausgleichs, das man beim Rundfunk habe, habe man ebenso unter den Ländern.

Killermaschinen...

Fortsetzung von Seite 6

lich effektiver gewesen. „Schade, daß das nicht geklappt hat“, sagte Frau Grüber.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) bezeichnete es als Ziel des Gesetzentwurfs, den Mißbrauch von Tieren durch Aggressionszüchtung zu verbieten und unter Strafandrohung zu stellen, die Aggressionserziehung sowie den Umgang mit so erzogenen Tieren zu reglementieren und dadurch

zugleich auch den Menschen vor den von diesen Tieren, insbesondere den sogenannten Kampfhunden ausgehenden Gefahren zu schützen.

Maßregelvollzug

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (Drs. 11/2151) an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Kommunalausschuß zur

Mitberatung überwiesen. **Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) erklärte bei der Einbringung, der Maßregelvollzug in NRW habe seit 1985 eine erhebliche Standardverbesserung erfahren. Mit dem Gesetzentwurf wolle man diese Standardverbesserung halten. Der Grünen-Abgeordnete **Roland Appel** hielt den aufgezeigten Weg für falsch. Er schlug vor, für das Reformziel einer Reduzierung der Belegung, das man teile, bei Weiterbildungsveranstaltungen für Staatsanwälte und Richter anzusetzen.



Momentaufnahmen im Plenum: v.l. die Abgeordneten Marianne Paus und Wilhelm Riebniger (CDU) sowie Dagmar Larisika-Ulmke und Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.).
Fotos: Schüler

Bei den Maßnahmen zur Eindämmung der neuartigen Waldschäden liegt ein Schwerpunkt bei der Kompensationskalkulation zur Verbesserung der Widerstandskraft der Waldbestände. Darauf hat Umweltminister **Klaus Matthiesen** (SPD) bei der Beratung des Berichtes der Landesregierung über Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft (Landeswaldbericht 1991) hingewiesen (Drs. 11/2110). Gefördert wurde von 1984 bis 1990 die Kompensationskalkulation auf rund 150 000 Hektar Wald mit rund 41 Millionen Mark Landesmitteln.

Bei der Förderung waldbaulicher Maßnahmen liege der Schwerpunkt bei der Bezuschussung von Aufforstung mit Laubbäumen, teilte der Minister mit. Von 1986 bis 1989 sei die Laubholzaufforstung auf rund 5 400 Hektar mit rund 54 Millionen Mark Landesmitteln gefördert worden. Insgesamt seien aus Landesmitteln von 1986 bis 1990 rund 153 Millionen Mark für die Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes gezahlt worden, berichtete Matthiesen. Der Minister wies ferner darauf hin, daß in NRW die Buchenwälder eine besondere Rolle spielten. Es sei deshalb beabsichtigt, Buchenwälder im Staatswald, die für den Verbreitungsschwerpunkt der Buche in Mitteleuropa von hervorragender Bedeutung seien, als Waldreservate von europäischer Bedeutung abzugrenzen und als Naturschutzgebiete auszuweisen. Das Gesamtprojekt habe einen Umfang von mehr als 14 000 Hektar Wald. Eine stärkere Hinwendung zu einem artenreichen Waldaufbau mache es auch notwendig, überhöhte Wildbestände zu reduzieren.

Im Vergleich zu den Berichten der Jahre 1981 und 1986 sei eine merkliche Verbesserung des Zustandes „unseres Waldes“ festzustellen, sagte der SPD-Abgeordnete **Martin Stevens**. Es gebe allerdings noch keinen Grund für eine übertriebene Euphorie. Das Vorhaben, die Waldbesitzarten, die zur Zeit noch mit 45 Prozent Laubwald und 55 Prozent Nadelwald beziffert seien, im Verhältnis umzukehren, werde von der SPD-Fraktion sehr begrüßt. Stevens merkte an, der Wald in NRW gehöre 150 000 Waldbesitzern. 92 Prozent der Eigentümer verfügten über

Landeswaldbericht 1991 – Zustand hat sich gebessert

In NRW werden Buchenwälder im Staatswald als Waldreservate von europäischer Bedeutung abgegrenzt

einen Waldbesitz von weniger als fünf Hektar. Von der Forstwirtschaft seien 7 000 Vollarbeitsplätze abhängig. Die Holzwirtschaft sei mit 22 Milliarden Mark ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sie erreiche mit 90 000 Vollarbeitsplätzen einen Anteil von vier bis fünf Prozent der heimischen Industrieproduktion.

Brisanter Punkt

Für die CDU stellte der Abgeordnete **Karl Knipschild** fest, daß die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Matthiesens Ministerium mit diesem dritten Landeswaldbericht gute Arbeit geleistet hätten. Bemerkenswert erscheine ihm, daß nach den wirtschaftlichen Gesichtspunkten Waldbesitz erst ab einer Größenordnung von 400 Hektar und damit nur für rund 300 Waldbesitzer im großen Land NRW eine Einkommens- und Existenzgrundlage darstelle. Als brisanten Punkt wertete der Abgeordnete die Darlegung der Betriebsergebnisse getrennt nach Privatwald und Staatswald. Der Privatwald weise seit etwa zehn Jahren stabile Ergebnisse um die 100 Mark pro Hektar plus aus. Das sei eine Stabilisierung auf viel zu niedrigem Niveau. Als katastrophal bezeichnete Knipschild hingegen das Ergebnis des Staatswaldes. Das minus pro Hektar betrage hier inzwischen 258 Mark.

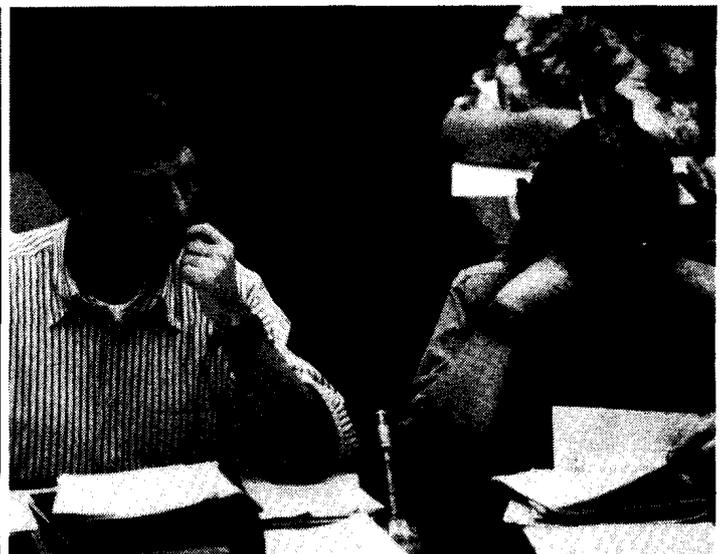
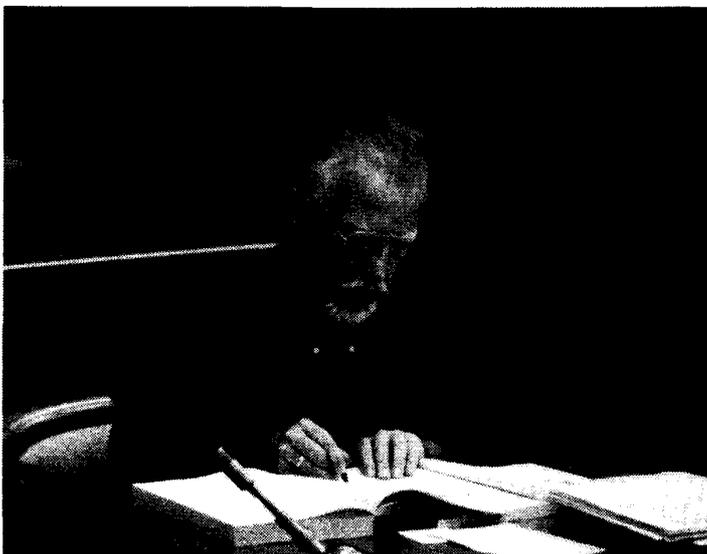
Auch der F.D.P.-Abgeordnete **Friedel Meyer** verwies darauf, daß die Betriebsergebnisse der privaten Waldbauern schon seit Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau stagnierten. Dieses resultiere nicht allein aus den niedrigen Holzpreisen, sondern auch aus den kontinuierlich andauernden Belastungen der Waldökosysteme durch Emissionen. Hier müßten die Forstbetriebe Mehraufwendungen und Mindererträge in Kauf nehmen, die im Rahmen der normalen

Bewirtschaftung aufgefangen werden müßten. Hier dürften Waldbesitzer, die ja nicht Verursacher der Waldschäden seien, nicht im Stich gelassen werden. Er stelle daher die Forderung, die Waldbesitzer finanziell zu entlasten und zum Beispiel über Befreiung von Beiträgen zu den Wasser- und Bodenverbänden nachzudenken. Er gehe sogar soweit, den privaten Wald steuerlich zu neutralisieren, sagte Meyer.

Den bisher vorgetragenen Ausführungen wollte sich der Grünen-Abgeordnete **Siegfried Martsch** nicht anschließen. Die Charakterisierung der waldbolitischen Schwerpunkte gebe sich auf den ersten Blick durchaus den Anschein, an den wichtigsten Waldfragen anzusetzen. Aus der Nähe betrachtet lasse sich jedoch schon hier und insbesondere in Verbindung mit der weiteren Aufbereitung der einzelnen Aspekte mangelndes Problembewußtsein oder gar fehlgerichtete Regierungspolitik erkennen. So werde dem Leser der NRW-Wald statistisch aufbereitet, ohne daß Vergleichsdaten etwa zu anderen Bundesländern oder waldbaulichen Leitbildern genannt würden. Auch seien außer dem Hinweis auf einen Durchschnittszuwachs und einen möglichen Hiebsatz differenzierte Angaben zu den waldbaulichen Nutzungspotentialen unterblieben.

In Asien und Afrika

Der Landtag hat eine Novelle des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (Drs. 11/2112) nach erster Lesung an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung überwiesen. **Kultusminister Hans Schwier** (SPD) bezeichnete das Gesetz als gut für nordrhein-westfälische Studentinnen und Studenten, die in Asien und Afrika studieren wollten und umgekehrt. Er bat um schnelle Verabschiedung.



Bilder aus dem Plenum: v.L. Wolfram Kuschke (SPD) sowie Gerhard Mai und Gisela Nacken (DIE GRÜNEN).

Fotos: Schüler



Mehr Beachtung der Haushaltskontrolle in Plenarsitzungen forderten die Mitglieder des Ausschusses, v.l.: Walter Neuhaus (CDU, Ausschußvorsitzender), Walter Grevenor (SPD), Helmut Diegel (CDU), Dr. Ludwig Riemer (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

Haushaltsrechnung: CDU rügt Rücklagen, F.D.P. für mehr Prüfungskapazität

Für die Haushaltsrechnung 1988 entlastete der Landtag mit den Stimmen der SPD-Mehrheit die Regierung. In der Aussprache am 18. September, auch über den Prüfungsbericht des Landesrechnungshofs 1989/90, übten die Sprecher der Oppositionsfraktionen jedoch Kritik an der Rücklagen-Verwendung am Parlament vorbei. Der CDU-Antrag hierzu sowie zu weiteren Rügen wurde ebenso abgelehnt wie der F.D.P.-Antrag, die Prüfungskapazität angesichts gewaltig gestiegener Ausgaben zu steigern.

Walter Neuhaus (CDU) erläuterte neue Vereinbarungen über die parlamentarische Haushaltskontrolle und bezifferte dann das Volumen der Prüfung des Landesrechnungshofs (LRH) im Geschäftsjahr 1989/90 auf 46 Millionen Mark nachträglicher Einnahmen, rückgängig gemachter Ausgaben von 25, einmaliger Mehreinnahmen von 1,8 und voraussichtlichen Mehreinnahmen von zusammen 19,2 Millionen Mark. Nicht bezifferbar seien weitere finanzielle Auswirkungen der Prüftätigkeit. Ein Mißverständnis

gebe es dafür bei der Aufmerksamkeit im Parlament.

Walter Grevenor (SPD) hielt die Mißbilligung oder Rüge betroffener Stellen für einen Beweis der wahrgenommenen Kontrollfunktion. Bei noch offenen Altfällen von Versorgungsbezügen gebe es kein Einvernehmen mit der CDU, ebenso beim Abbau hoher Rückstände an Einsprüchen gegen Steueranforderungen. Die Entlastung der Landesregierung für 1988 trotz gerügten Haushaltsvollzugs werde von der SPD getragen, weil neue Sachverhalte Fehler nicht ausschlossen. Die CDU-Entschießung entspreche nicht den Gegebenheiten. Für die von der F.D.P. geforderte höhere Kapazität beim LRH gebe es keine Notwendigkeit.

Helmut Diegel (CDU) hielt auch die Beratung der Haushaltskontrolle im Plenum für zu kurz. Sie müsse eben solche Priorität erhalten wie die Petitionsberichte. Traurig sei der Streit über die „schwarze Kasse“ des Finanzministers. Rücklagen von 300 Millionen Mark 1988 und eine Milliarde 1989 hät-

ten der parlamentarischen Ermächtigung bedurft. Im Ausschuß betätigten sich die Kontrolleure der SPD nicht überparteilich. Mit ihrer Mehrheit bügelten sie alles platt.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) sagte, bei der Entlastung gehe es um die ganze Politik der Regierung. Die Vorlagen des LRH reichten nicht aus. Wenn Landesausgaben und Verwaltungsausgaben weiter zunehmen, müßten die Kapazitäten des LRH erhöht werden. Über private Zuarbeit wie beim Kienbaum-Schulgutachten müsse nachgedacht werden. Aufgabekritik müsse unter Führung des LRH erfolgen.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) bekundete Zweifel an mehr Redezeit, der Haushaltskontrollausschuß wirke wie ein schlafender zahloser Hund. Als Gralshüter der Regierung komme er zu nichtausreichender Kontrolle. Der Rücklagen-Trick sei im Haushalt 1991 nicht mehr benutzt worden. Bei der Unterbesetzung in der Steuerverwaltung werde der Bankrott erklärt. Steuerhinterziehung werde in NRW als Mittel der Wirtschaftsförderung geduldet.

Roma-Rückkehr bis Ende 1991

Der Grünen-Antrag „Konsequenzen aus dem Krieg in Jugoslawien: Keine Abschiebungen von Roma — Entschädigung und Integration statt Zwangsrücksiedlung“ (Drs. 11/2305) wurde vom Landtag am 19. September abgelehnt.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) erklärte, das Rückkehrprogramm der Landesregierung müsse angesichts des Bürgerkriegs in Jugoslawien überdacht werden.

Vera Dedanwala (SPD) sagte, in Kriegsregionen solle nicht abgeschoben werden. Die SPD-Fraktion stehe voll zum Reintegrationsprogramm.

Maria Opladen (CDU) hielt den Antrag für ein neues Kapitel in der unendlichen Geschichte „Bleiberecht für Roma und Sinti“, das einen eindeutigen Rechtsbruch darstelle.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) fragte, warum die Roma ausgerechnet nach NRW kämen. So schlecht gehe es ihnen hier wohl nicht, wie der Redner der Grünen vortrage. Das Maß der Geduld sei voll.

NRW in Brandenburg: „Etwas bewegt“

Der F.D.P.-Antrag für einen Rahmen-Staatsvertrag zwischen Brandenburg und NRW (Drs. 11/810) vom Dezember 1990 wurde vom Plenum am 18. September für erledigt erklärt. Im Antrag hieß es, objektive Sachnotwendigkeiten des Aufbaus dürften nicht für parteipolitische Strukturen mißbraucht oder die östlichen Partner bevormundet werden. Ein hohes Maß an politischer Zurückhaltung, persönlicher Bescheidenheit und Fingerspitzengefühl seien gefordert. **Hans Kern** (SPD) zeigte sich erstaunt über die Aussprache, da das Anliegen: tatkräftige Hilfe bei Respekt vor der Eigenständigkeit der neuen Länder von allen Fraktionen getragen werde.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sagte, der Grünen-Antrag sei auf rechtlich Unmögliches gerichtet, da seit Januar 91 das Land nicht mehr über ein Bleiberecht entscheiden könne. Der Bundesinnenminister habe dem Rückkehrprogramm ausdrücklich zugestimmt. Die Teilnehmer am Reintegrationsprogramm würden bis Ende des Jahres geduldet, die ändern müßten abgeschoben werden. Ein Bleiberecht für die unter den Rheinbrücken am Landtag Lagernden werde es nicht geben.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) hielt die Begründung für bemerkenswert, in der Sensibilität beim Aufbau in Brandenburg sowie rücksichtsvoller Umgang und Respekt vor den Leistungen der Menschen angefordert würden. Anerkennung verdienten auch die NRW-Helfer. Urteile über das Auftreten von „Wessis“ habe er nicht bestätigt gefunden, Beamte und Politiker aus NRW hätten sich angemessen verhalten. Im übrigen sei viel geleistet worden. Der graue Schleier über Brandenburg sei an vielen Stellen gerissen, die Demokratie wachse mit.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) wies auf das Datum des Antrags 4. Dezember 90 hin. Damals sei es um die geistige Haltung im Umgang gegangen. Seitdem sei viel geschehen, was zu Optimismus Anlaß gebe. „Wir haben etwas bewegt; was wir wollten, ist vielfältig aufgegriffen worden“, sagte er.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) bestätigte Erfolge der engen Kooperation, warnte aber auch vor allzu großer Euphorie. Bis zur echten Zusammengehörigkeit werde es eine oder zwei Generationen dauern. Zu fragen sei, ob nicht die wirtschaftliche Macht von NRW in den neuen Ländern mißbraucht werde.

Kieselrot-Sportplätze ungefährlich

Der Grünen-Antrag „Kein Sport auf Dioxin“ (keine Freigabe der Kieselrot-Sportplätze, Drs. 11/2297) wurde nach ablehnenden Stellungnahmen der anderen Fraktionen vom Plenum in die Ausschußberatung überwiesen.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) hielt für unbestritten, daß Kieselrot extrem hohe Dioxinwerte aufweise, daß Dioxin zu den gefährlichsten Giften gehöre und schon viel zu häufig in die Umwelt gelangt sei. Den Grünen gehe nicht um Aufbauschen oder Angstmacherei. Die Untersuchungen würden verharmlost und politisch vermarktet. Die Regierung habe Angst vor den immensen Kosten der Sanierung. Der Eiertanz um die Gefährlichkeit drücke Hilflosigkeit aus. Wie in anderen Bundesländern müßten die Sportplätze in NRW gesperrt bleiben.

Donata Reinecke (SPD) warf den Grünen vor, Analysen zu ignorieren. Selbst Sportvereine sähen keine Gefahr. Größere Vorsichtsmaßnahmen für Kinderspielflächen lasse sie gelten. Die Grünen forderten Entsorgung, verhinderten vor Ort aber diese vehement. Die Totalopposition gegen Müllverbrennung und Sondermüll sei zur Genüge bekannt.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) hielt den Antrag für nicht sehr sinnvoll. Statt den Umgang mit Ängsten in Diskussionen anzutreiben, sei Kompetenz gefragt. Kieselrot bedürfe der Klärung durch Experten. Die unklare Handlungslinie der Regierung befremde: erst Blaulicht, dann Entwarnung. Die Abfallpolitik der Landesregierung sei ein Verschiebeparkplatz. Die Sportler stünden jetzt im Abseits.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) warf dem Umweltminister Angstschmäh vor. Alle Sportstättenbenutzer im Kreis Wesel hätten Angst, obwohl Dioxin nicht eingelagert sei, nur weil das Thema so heiß gekocht worden sei. Wirklich belastete Flächen gebe es wenige. Standorte für Entsorgung würden bis heute nicht genannt. Der Redner forderte den Minister auf, mit ihm zusammen für eine Verbrennungsanlage im Kreis Wesel einzutreten.

Umweltminister Hans Matthiesen (SPD) rechtfertigte die Sperrung der Flächen mit dem Rat der Experten. Die festgesetzten Grenzwerte hielten offenbar der Überprüfung nicht stand. Gesundheitsüberprüfungen in Marsberg hätten normale Werte im Blut ergeben. Sie würden anderswo bestätigt. Dioxinkonzentrationen bei Sportlern hätten weit unter dem Durchschnitt gelegen. Für den Antrag der Grünen gebe es keine Grundlage.

NRW unterstützt weiter die Sportförderung

Die Landesregierung hält die öffentliche Förderung des Spitzensports auch weiterhin für erforderlich. Dies geht aus der Antwort des Kultusministeriums auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Leonhard Kuckart hervor (Drs. 11/1937). Alle Bestrebungen, die der Stärkung der Autonomie des freien Sports und der Veränderung veralteter Strukturen dienen, werden Indessen von der Landesregierung begrüßt.

Bund soll kommunale Projekte ausfinanzieren

Der SPD-Antrag „Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen auf Dauer sichern“ (Drs. 11/2343) wurde nach kontroversen Schulzuweisungen bei der Finanznot der Gemeinden in die Ausschüsse überwiesen. Die SPD tritt darin für Auslauffinanzierung begonnener Projekte und Übernahme der Hälfte der Sozialhilfe durch den Bund ein.

Dr. Klaus Heugel (SPD) hielt die Bonner Strukturhilfe von 1988 für im Grunde nicht gewollt und ihre Streichung wegen der neuen Länder für einen Vorwand. Außer Bayern seien nur noch sozialdemokratisch regierte Länder betroffen. Angefangene Projekte müßten ausfinanziert werden. Für wachsende Sozialhilfeausgaben müsse mehr Ausgleich geleistet werden.

Hartmut Schauerte (CDU) fand den Antrag angesichts jahrelanger Zerstörung der finanziellen Grundlagen der Gemeinden unglaublich. Für eine Übergangsregelung zu auslaufenden Strukturhilfen gebe es 900 Millionen Mark Abfederung. Die Bonner SPD würde den Antrag in den Papierkorb werfen, so unseriös sei er. Die NRW SPD wolle damit von ihren eigenen Sünden bei den Gemeindefinanzen ablenken.

Michael Ruppert (F.D.P.) sagte, ihm sei es ähnlich gegangen, er habe den Antrag für „Zähnezeigen“ der Kommunalpolitiker gehalten. Bei der Bonner Strukturhilfe habe sich die „Geschäftsgrundlage“ durch die Einheit geändert. Im Landtag sollten gemeinsam Regelungen für betroffene Gemeinden gesucht werden. Die Übernahme der Hälfte der Sozialhilfe durch den Bund sei völlig unrealistisch. Das Land könne die Kommunen über die Flüchtlingspolitik entlasten. In Wahrheit gehe es nicht um die Handlungsfähigkeit der Kommunen, sondern um die Landesfinanzen.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) hielt die Wirtschaftspolitik des Bundes für mitursächlich für die Sozialhilfe-Lasten und bedauerte, daß der CDU-Politiker Albrecht seine Absicht fallen gelassen habe, den Bund zu beteiligen. Auch dieser habe den Landshaushalt stützen wollen. In NRW sei mit der Strukturhilfe wenigsten nicht so viel Unsinn getrieben worden wie anderswo. Die Kosten der Einheit sollten die Besserverdienenden übernehmen, nicht die schwachen Regionen. Insgesamt habe derzeit bei den Finanzen der Bund die besten Karten, das Land mittlere und die Kommunen ganz schlechte.

Minister Heinz Schleußer (SPD) sprach unlautere Methoden beim Strukturhilfegesetz an, das er als zweitbeste Lösung für NRW bezeichnete. Jetzt hätten die Gemeinden ein Anrecht auf solide Ausfinanzierung. Ferner unterstütze er erneute Initiativen zur Entlastung der Gemeinden von der Sozialhilfe.

Finanzhilfen und neue Lasten im Gemeindeverkehr

Der CDU-Antrag zur Verwendung der verstärkten Investitionshilfen des Bundes für die Gemeindeverkehrsfinanzierung (Drs. 11/2015) wurde am 12. September in die Ausschußberatung überwiesen.

Heinrich Dreyer (CDU) sah in der Erhöhung des Volumens der Gemeindeverkehrsfinanzierung (GVFG) durch Bonn eine Bestätigung von Forderungen aus dem Verkehrsausschuß des Landtags, größere Anteile des Mineralölsteueraufkommens für Verkehrszwecke einzusetzen. Begrüßenswert sei auch, die Anschaffung von Schienenfahrzeugen in das GVFG aufzunehmen, Umbau und Modernisierung sollten auch ermöglicht werden. Ferner solle der Ausbau von Bahnanlagen gefördert werden. Der Minister solle den Ausbauplan für den ÖPNV anpassen.

Heinz Hunger (SPD) monierte, der Beschluß habe der Bundesregierung förmlich abgerungen werden müssen. Tatsächlich wolle sich die Bundesbahn beim Personenverkehr gänzlich aus der Fläche zurückziehen, die Bahnbusgesellschaften verkaufen, die Strukturhilfemittel streichen. Das werde zu katastrophalen Folgen für den ÖPNV im ländlichen Raum führen.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) sagte, NRW müsse sich reiflich überlegen, wie die 1,5 Milliarden Mark in zwei Jahren verwendet würden. Im CDU-Vorschlag fehlten die Güterverkehrszentren. Als Ausgleich für den Rückzug der Bahn aus der Fläche müsse mehr für den ÖPNV eingesetzt werden, nicht in die Ballungsräume fließen. Im übrigen wachse der komplementäre Finanzbedarf des Landes mit höheren Bundesmitteln. Über den CDU-Antrag müsse im Ausschuß intensiv beraten werden.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) erklärte, auch im ländlichen Raum müsse man ohne Auto mobil sein können. Bei entsprechender Finanzausstattung könne die Regionalisierung der Bahnbusse auch eine Chance sein. Die Aufstockung beim GVFG sei eher bescheiden und korrigiere Fehlentscheidungen. Als Köder für die Übernahme von Schienenverkehr durch Länder und Kommunen eigne sie sich nicht. Das GVFG müsse grundsätzlich neu geordnet werden.

Minister Franz-Josef Kniola (SPD) hielt den Zeitpunkt für generelle Veränderungen der Planungen für verkehrt. Die Korrektur am GVFG sei notwendig, die zeitliche Befristung zu kritisieren. Der Kompromiß im Vermittlungsausschuß gehe auch auf Verluste aus der Personenbeförderung zurück. Als Ausgleich für den Rückzug des Bundes aus der Fläche sei er nicht akzeptabel. Wegen ganz anderer Dimensionen dürfe nicht unzulässig vermischt werden. Keinesfalls dürften die Länder mehrbelastet werden. Wegen der Komplementärfinanzierung müsse der Kompromiß beim GVFG dringend korrigiert werden.

Asylrecht: Suche nach einem Konsens

Ohne Gegenstimme hat der Landtag am 19. September den CDU-Antrag mit Forderungen nach einer realistischen und konsequenten Asylpolitik (Drs. 11/2345) an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen.

Heinz Paus (CDU) erinnerte an die Zahlen asylsuchender Ausländer und nannte die Lage „explosiv“. Da hätten zunehmend rechtsextreme Rattenfänger eine Chance; das Asylrecht habe in absehbarer Zeit keine Akzeptanz mehr, wenn weiter nur „palavert“ werde, wie die Bevölkerung den Eindruck habe. Mit ihrem Antrag wolle die CDU keinen neuen „Eisernen Vorhang“ in Europa errichten, sondern „schlicht und ergreifend das Asylrecht in Ordnung bringen“. Dem solle sich die Landesregierung im Zusammenwirken mit Bund, Bundesrat und nach Anhörung von Fachleuten nicht verschließen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, nannte die Vorschläge der CDU in großen Teilen diskutabel. Es sei seine persönliche Meinung, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei und nicht werden solle. Die Asylverfahren müßten beschleunigt und verkürzt werden, fuhr er fort; anschließend müsse man eine Lösung finden, warum etwa von 113000 nicht anerkannten Asylanten nur 6000 im letzten Jahr abgeschoben worden seien. In der Frage müsse man sich verständigen, parteipolitisches Taktieren sei fehl am Platze.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) stimmte den Bemerkungen zum Einwanderungsland und zur Abschiebepaxis zu. Er forderte die Landesregierung zur Einrichtung von Sammelunterkünften für Asylbewerber auf, in denen sie bis zur Entscheidung über ihren Antrag zu verbleiben hätten. Das sei besser, als sie nach einem „mutwilligen Schlüssel“ auf die Gemeinden überall im Lande zu verteilen. Diese Unterkünfte sollten vom Land unterhalten, in ihnen sollten Naturalleistungen ausgegeben werden. Am Asyl für wirklich ernsthafte Verfolgte wolle niemand etwas ändern, betonte Lanfermann.

Reinhard Appel (Die Grünen) unterstrich seine Meinung, die Bundesrepublik sei ein Einwanderungsland. Es sei ein Irrtum zu glauben, daß einer schnellen Abschiebung abgelehnter Asylbewerber nichts im Wege stehe. Der Abgeordnete warnte vor einer Abschaffung der im Grundgesetz niedergelegten Rechtsweggarantie und erteilte Sammelagern eine scharfe Abfuhr: Sie seien in Wirklichkeit „Gefangenenerlager von Kriegsgefangenen des Konsumkrieges der ersten gegen die zweite und dritte Welt“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bezeichnete den CDU-Antrag als „unerträglich“ und sprach sich gegen Polemik zu diesem Thema aus. Er sei an einem Konsens interessiert und wäre auch bereit, „dafür einen gewissen Preis zu zahlen. Aber der politische Streit muß weg.“ CDU und F.D.P. in Bonn müßten sich zu einem Vorschlag zusammenfinden und dürften nicht erwarten, daß „wir Sozialdemokraten den Karren aus dem Dreck ziehen“. Der Minister erinnerte an den Vorschlag der Landesregierung zur Verfahrensverkürzung, der seit einem Jahr in Bonn liege, aber „ignoriert“ werde.

Stopp der Planung an der A 44 verlangt

Mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. hat der Landtag am 12. September den Grünen-Antrag zurückgewiesen (Drs. 11/2002), die Planung der A 44 zu stoppen. Wie **Gisela Nacken** (Die Grünen) ausführte, handele es sich dabei um eine Autobahn im dichtest besiedelten Gebiet Europas. Die Trasse sei nicht umweltverträglich zu führen und die verkehrspolitische Funktion nicht nachgewiesen. Da auch kein Geld da sei, müsse die Planung gestoppt werden. **Günter Weber** (SPD) sah eine solche Entscheidung als verfrüht an; die Umweltverträglichkeitsstudie für den Raum zwischen Bochum und Essen liege noch nicht vor. Außerdem gebe es noch keine neuen Daten, die die gestiegene Belastung aufgrund des belebten Ost-West-Verkehrs wiedergäben. Darum sei weiter Beratungsbedarf gegeben. **Petra Böckel-**

mann (CDU) wies zudem auf den steigenden Verkehr als Folge des Europäischen Binnenmarktes hin und hielt der SPD-Landesregierung 17 Jahre Untätigkeit bei dieser Trasse vor. Die Regierung solle klar sagen, ob sie für den Weiterbau sei oder nicht. **Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) warnte davor, nur einen Punkt, die Umweltbelange, herauszustellen; damit werde die erforderliche Güterabwägung vermieden. Für die F.D.P. sei die „DüBoDo“ unverzichtbar. Sie erinnerte an den Vorschlag, das Revier zu untertunneln. **Verkehrsminister Franz-Josef Kniola** (SPD) warf den Grünen vor, sie hätten „keine Ahnung“, und so lange die in Auftrag gegebene Studie, ein interdisziplinäres Gutachten zur A 44 Essen—Bochum, nur in Teilen und nicht vollständig vorliege, könne man keine Konsequenzen ziehen.



Der SPD-Abgeordnete Siegfried Jankowski ist mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Frieb (r.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Die Präsidentin erinnerte in ihrer Laudatio daran, daß sie Siegfried Jankowski Ende der 60er Jahre beim gemeinsamen Wirken für den damaligen Rhein-Wupper-Kreis kennengelernt habe. Seit 1980 sei der Abgeordnete Mitglied des Landtags. Sein politisches Engagement liege vorrangig im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales, im Ausschuß für Grubensicherheit sowie im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung. Daneben sei er noch Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege.

Regierung bekräftigt „Qualitätsziele“ bei Nordwanderung

Nach Erörterung im Plenum hat der Landtag am 12. September den CDU-Antrag „Erhalt von Wald, Schloß und Stiftskirche Cappenberg“ (Drs. 11/1090) für erledigt erklärt. **Horst Steinkühler** (SPD) bat den Landtag, dem Votum des Fachausschusses zu folgen und den Antrag für erledigt zu erklären. In dessen Beratungen und anderenorts habe die Landesregierung überzeugend dargelegt, „daß alles getan wird und getan werden soll, um schädliche Auswirkungen des Kohleabbaus unter dem Schloß Cappenberg auf Schloß, Stiftskirche und das Ökosystem des Waldes zu vermeiden“. **Klaus Stallmann** (CDU) bestritt, daß alle Bedenken ausgeräumt seien, es gebe weiterhin Widersprüche der Landesregierung. Sie nehme die Reparatur des Waldes in Kauf, anstatt wie selbst angekündigt „ökologische Vorsorge“ zu treffen. Darum sei der Antrag keineswegs „erledigt“. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) hielt der Regierung vor, sie mache es sich zu einfach, wenn sie erkläre, die Schäden

durch Erholungssuchende seien größer als durch den Kohleabbau. Zum anderen setze sie sich für den Erhalt der Buchenwälder ein. Der Grund für solche Widersprüche liege vielleicht darin, daß der Umweltminister des Landes hier seinen Wahlkreis habe. Schließlich müsse das Bergrecht geändert werden, die Landesregierung habe über den Bundesrat die Möglichkeit dazu. **Siegfried Martsch** (Die Grünen) sah keinen Gewinn in dem Hin und Her über Gutachter. Cappenberg müsse nicht nur wegen seines kulturellen Rangs erhalten werden, sondern auch der Steinkohle willen: Wer die Steinkohle als heimischen Energieträger erhalten wolle, der müsse dafür die notwendige Akzeptanz schaffen. Die Ökonomie habe dort ihre Schranken, wo nicht wiedergutzumachende Schäden im ökologischen Bereich nicht auszuschließen seien. **Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) unterstrich das Festhalten der Landesregierung an den Qualitätszielen im Gesamtkonzept Nordwanderung: Erhalt von Schloß, Stiftskirche und Wald. Schon bei der Rahmenbetriebsplanzulassung habe man die Kohle verpflichtet, erhebliche Flözteile unter Cappenberg nicht abzubauen. Er empfinde die Diskussion zunehmend als „unehrlich und unseriös“.

Ingeborg Friebe: Landtag erlebt historisches Datum

Ein Neubeginn im Opernhaus

An den demokratischen Neubeginn und die erste Stunde des Landtags hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am Mittwoch, 2. Oktober, im Plenum des Landesparlaments erinnert. Wörtlich sagte die Präsidentin:

Der Landtag Nordrhein-Westfalen erlebt heute ein historisches Datum. Am 2. Oktober 1946, heute vor 45 Jahren, trat der Landtag erstmals zusammen — im Opernhaus der Stadt Düsseldorf —. Die 200 Abgeordneten waren von der britischen Besatzungsmacht ernannt worden, nicht von der Bevölkerung gewählt. Es war dennoch ein demokratischer Neubeginn nach zwölf Jahren Nazidiktatur, nach Krieg und unvollstellbaren Verbrechen.

Die Aufgaben, die sich dem Landtag stellten, schienen schier unüberwindlich: Hunger und Elend, zerbombte Städte, Wohnungsnot, Millionen von Flüchtlingen, zerstörte Industrieanlagen, drohende Demonstrationen. Dazu kam das moralische Elend nach 12 Jahren der Naziherrschaft. Nordrhein-Westfalen hat seit diesen Tagen einen beschwerlichen, aber erfolgreichen Weg zurückgelegt. Und dieser Landtag, die Vertretung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, hat dabei entscheidende politische Weichen gestellt.

Nordrhein-Westfalen war das industrielle Schwungrad, ohne dessen Energie das

vielbestaunte Wirtschaftswunder der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen wäre. Seitdem mußte ein schwieriger, wirtschaftlicher Strukturwandel bewältigt werden. Es wurden die Grundlagen gelegt, daß Nordrhein-Westfalen als modernes Industrieland, das Ökologie und Ökonomie zu verbinden sucht, eine wichtige Rolle in Deutschland und einem einigen Europa spielen wird.

Wir stehen heute in einem größeren Deutschland vor neuen Aufgaben: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Gefährdung der Umwelt, der Zuzug von Hunderttausenden von Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Diese Probleme wiegen sehr schwer, sie erfordern die Anspannung unserer Kräfte, aber sie sind nicht mit den Problemen von 1946 zu vergleichen. Um so mehr müssen soziale Gerechtigkeit und Anstand Maßstäbe für unser politisches Handeln sein. Das sage ich ganz bewußt auf dem Hintergrund der aktuellen Diskussion.

Der 2. Oktober 1946 erinnert uns an die Anfänge von Demokratie und Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Mit dem heutigen Tag und der Erinnerung an den 2. Oktober 1946 will der Landtag Nordrhein-Westfalen seinen politischen Willen zum Ausdruck bringen, die Zukunft unseres Landes in Freiheit und inneren und äußeren Frieden zu gestalten.

Nachtflugbeschränkung in Köln/Bonn

Das Interesse der Wirtschaft lasse kein generelles Nachtflugverbot zu, argumentierte der SPD-Sprecher zum Grünen-Antrag „Neuregelung der Nachtflugbeschränkung für den Flughafen Köln/Bonn“ (Drs. 11/325). Erhebliche Einschränkungen, mit dem Flughafen vereinbart, wurden von SPD und F.D.P. begrüßt (gemeinsame Entschließung Drs. 11/2084). Die von der CDU befürwortete Lärmgrenze wurde abgelehnt.

Volkmar Schultz (SPD) führte aus, mit der Qualität der Verkehrsverbindungen stehe und falle die Wirtschaftskraft, ebenso Wohlstand, soziale und ökologische Leistungsfähigkeit. Die SPD bedaure, daß nur die F.D.P. mit gegen ein Nachtflugverbot stimme. Der gemeinsame Antrag enthalte erhebliche Einschränkungen. Die Bereitschaft des Flughafens zu passivem Lärmschutz für Schlafräume werde begrüßt.

Heinz-Helmich van Schewick (CDU) erläuterte den CDU-Antrag, der ein vernünftiges Verhältnis zwischen den Forderungen der Bürger nach Nachtruhe und den Interessen der Wirtschaft herstelle. Die CDU habe sich gründlich informiert. Die von ihr geforderte Lärmgrenze von 75 Dezibel für Einzelschall treffe unterschiedlich laute Flugzeuge. Der Flughafen Köln/Bonn habe Zukunft, auch durch die Post.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) erwähnte ebenfalls die Entscheidung für Berlin als Regierungssitz, die die Region hart treffe. Ein Nachtflugverbot sei derzeit nicht vertretbar. Der CDU-Antrag sei unfair, die Bevölkerung solle bei neuen Meßpunkten hinter Licht geführt werden. Beim gemein-

samen Antrag mit der SPD auf der Grundlage von Überlegungen der Bürgerinitiativen sei die SPD sehr weit entgegenkommen. Mit Genehmigungen und Gebühren sei viel für die Bürger erreicht worden.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) hielt die heutigen 130 Flugbewegungen pro Nacht mit Lärmwerten bis zu 90 Dezibel für vergleichbar mit einem Preßlufthammer. Bei Messungen hätten sich die sogenannten „Flüsterjets“ überraschend als viel lauter erwiesen. Der SPD/F.D.P.-Vorschlag schreibe nur normale Technik fest, ohne Druck auf die Fluggesellschaften und ohne den Versuch, dem Wachstum gegenzusteuern. Verlierer seien Anwohner und Umwelt.

Minister Franz-Josef Kniola (SPD) hielt die Forderung für berechtigt, für passiven und aktiven Lärmschutz einzutreten. Die Aufgaben des Flughafens erforderten das Offenhalten. Wenn schon Nachtflüge unvermeidbar seien, dann wenigstens mit dem umweltfreundlichsten Fluggerät. Für Schallschutz an Schlafräumen stelle die Gesellschaft in der ersten Stufe 13,5 Millionen Mark zur Verfügung. Damit werde ein Maß gesetzt, auf das sich alle verständigen sollten.

Schwangerschaftskonflikt

Hilfe statt Strafe

Der SPD-Antrag „Gesamtdeutsche Regelung beim Schwangerschaftsabbruch — Beratung und Hilfe statt Zwang und Strafe“ (Drs. 11/2173), der die Ablehnung des Modells der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundesrat empfiehlt, wurde nach der Aussprache am 12. September in die Ausschußberatung überwiesen.

Brigitte Speth (SPD) bekundete Verdruß an der langwierigen Debatte über den Schutz des werdenden Lebens. Dieser könne nicht gegen die Frau, sondern nur mit ihr geschehen. Die schwangere Frau stehe mit einem Konflikt letztlich allein da. Die SPD fordere Straffreiheit in den ersten zwölf Wochen und Beratungsangebot, im Unterschied zur F.D.P. aber nicht als Pflicht. Der CDU-Entwurf sei ein Rückfall. Wer Frauen mit dem Strafrecht drohe, halte sie nicht für fähig, verantwortlich zu handeln. Dringend solle in NRW ein gemeinsamer Versuch gegen die Verschärfung des Paragraphen 218 unternommen werden.

Regina van Dintter (CDU) kündigte einen Antrag ihrer Fraktion an, der keineswegs eine Verschärfung des Abtreibungsrechts darstellen werde. Die CDU werde jedoch keiner Fristenlösung zustimmen, einer Freigabe menschlichen Lebens ohne Not. In der Beratung solle der Schwangeren ein Überblick über die öffentlichen und privaten Hilfen gegeben und diese konkret vermittelt werden. Im Rechtsstaat müsse die Tötung menschlichen Lebens unter Strafe stehen.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) hielt es für sehr wichtig, daß alle gemeinsam für möglichst wenige Abbrüche einträten. Bei der Ganztagsbetreuung, bei besserer Sexualerziehung, bei Finanzierung der Rahmenbedingungen einer kinderfreundlichen Gesellschaft komme es auf alle Ebenen an.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) begrüßte den SPD-Antrag als Signal, daß der Entwurf der CDU-Bundestagsfraktion im Bundesrat keine Zustimmung finden werde. Dessen Eckpunkte seien ein Schlag gegen die Selbstentscheidung der Frau. Um ungewollte Schwangerschaft zu verhindern, sollten unschädliche Verhütungsmittel kostenfrei sein. Sexualerziehung und Beratungsnetz seien Landessache.

Ilse Ridder-Melchers (SPD), Ministerin für die Gleichstellung, erinnerte an die Vereinbarung mit der früheren Volkskammer. Jeder Rückschritt dahinter bedeute einen Vertrauensbruch gegenüber den Frauen aus der früheren DDR. Eine Verschärfung der Indikationsregelung sei nicht im Sinne des Einigungsvertrags. Sie habe volles Vertrauen in die eigenverantwortliche Gewissensentscheidung von Frauen.

Anhörung Wohnungsbau

Am 8. November 1991 wird der Haushalts- und Finanzausschuß eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Regelung der Wohnungsbauförderung (Drucksache 11/2329) durchführen.

Grüne fordern einen Sitz in G-10 Kommission

An den Hauptausschuß überwiesen hat das Plenum nach erster Lesung am 12. September den Gesetzentwurf von F.D.P. und Grünen zur Änderung des Gesetzes über die Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (Drs. 11/1993). **Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) nannte die Benachteiligung in der Zusammensetzung der sogenannten G-10 Kommission „gravierend“, denn hier werde überprüft, ob jemand abgehört werde. Der vierköpfigen Kommission gehörten zwei SPD- und je ein CDU- und F.D.P.-Vertreter an, die Grünen sollten offenbar draußen bleiben. Das habe nichts mit fairer parlamentarischer Behandlung seiner Fraktion zu tun, die zugesagt worden sei. Wenn die F.D.P. dort einen Sitz habe, dann gehörten auch die Grünen hinein. **Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) bezeichnete den Verfassungsschutz als sehr sensiblen Bereich; das sollte aber kein Grund sein, „per Mehrheitsbeschluß eine der Fraktionen von ihren Kontrollrechten und -pflichten auszuschließen“. **Reinhard Grätz** (SPD) konnte sich an eine Zusage, daß die Grünen dort vertreten sein sollten, nicht erinnern und vermochte der Begründung nichts abzugewinnen, daß an der Kontrolle alle gesellschaftlich relevanten Kräfte beteiligt werden sollten: Hier habe der Landtag das Entscheidungsrecht. Es müsse nicht zwingend so sein, daß die Grünen in allen Gremien vertreten sind, in die das Parlament Vertreter entsende. **Heinz Hardt** (CDU) plädierte dafür, die Kommission klein zu halten und nicht „ausufernd zu erweitern“: Gerade für den diffizilen Aufgabenbereich sei das Gremium in der bisherigen Form ausreichend; die CDU lehne darum den Gesetzentwurf ab. **Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) nannte es sachfremd zu behaupten, die Grünen müßten auch dort vertreten sein, wo die F.D.P. ist. Das Ganze habe nichts mit der Diskussion über die Zusammensetzung des Rundfunkrats zu tun. In anderen Bundesländern habe die entsprechende Kommission „aus wohlwolligen Gründen“ nur drei Mitglieder, sie damals auf vier aufzustocken, sei im Lande ein Fehler gewesen. Die beiden Fraktionen sollten ihren Antrag „tunlichst“ zurücknehmen.

Nachdenken über Strukturveränderungen

In erster Lesung hat der Landtag am 19. September den Entwurf der grünen Fraktion zur Änderung des Studentenwerkesgesetz (Drs. 11/2169) beraten und ihn danach an den Wissenschaftsausschuß überwiesen. **Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) bezeichnete die Lage der Studentenwerke im Lande als schlimm und verlangte eine andere Struktur, damit die Werke stärker eigenverantwortlich handeln können. **Karl Schultheis** (SPD) bestätigte, auch die SPD wolle mehr Eigenständigkeit, ohne daß Einschränkungen bei den Dienstleistungen die Folge seien. Im Ergebnis führe der grüne Entwurf aber zu geringeren Einnahmen, die dann der Staat auszugleichen haben würde. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU) stimmte der



Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ist der CDU-Abgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer seiner Fraktion, Heinz Hardt, ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In ihrer Laudatio erinnerte die Präsidentin daran, daß Heinz Hardt seit 1970 dem Landtag angehöre. Seit 1982 sei er Mitglied des Ältestenrates. Seit 1990 vertrete er ferner als stellvertretender Vorsitzender die Interessen seiner Fraktion in der Arbeitsgruppe des Ältestenrates zur Novellierung der Geschäftsordnung. Das sei eine wirklich wichtige Funktion für das gesamte Parlament. Frau Friebe berichtete weiter, des Abgeordneten parlamentarische Arbeit werde auch wesentlich durch seine Tätigkeit im Verkehrsausschuß bestimmt. Schon 1987 hätten ihn die verkehrspolitischen Sprecher aller CDU-CSU-Landtagsfraktionen zum Vorsitzenden der Konferenz der verkehrspolitischen Sprecher gewählt. Als solcher sei er ständiger Gesprächspartner der Bundesregierung (In der Mitte Frau Hardt).

Jugendpolitik

Über den 5. Jugendbericht der Landesregierung hat der Landtag am 19. September debattiert. Die Mehrheit folgte der Empfehlung des Jugendausschusses (Drs. 11/2021). **Bernhard Flessenkemper** (SPD) erklärte, man wolle bei der bewährten Systematik — Erstellung durch die Landesregierung und Ergänzung durch Experten — bleiben. **Heldi Busch** (CDU) kreierte dem Bericht „Polemik, Wahlkampfparolen und Eigenlob der Landesregierung“ an. Er sollte künftig besser von einer unabhängigen Kommission erstellt werden. **Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) stimmte der Kommissionslösung zu und schloß sich dem später abgelehnten CDU-Antrag (Drs. 11/2415) an, den Bericht nochmals zu prüfen. **Beate Scheffler** (DIE GRÜNEN) kündigte Enthaltung an, da „wie sooft bei der SPD“ Geschriebenes und Realität weit auseinander lägen. **Familienminister Hermann Heinemann** (SPD) führte an, daß sich „der Landesjugendplan als wichtigstes jugendpolitisches Förderinstrument des Landes in seiner 40jährigen Geschichte bewährt“ habe.

Schülerpresse:

Vertriebsverbot ins Visier genommen

Die beiden Fraktionen der F.D.P. (Drs. 11/1990) und der GRÜNEN (Drs. 11/1992 neu) haben je einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, um die Freiheit der Schülerpresse zu sichern. Der Landtag überwies beide Entwürfe nach erster Lesung am 12. September an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung. **Andreas Reichel** (F.D.P.) hielt es für „absurd“, daß der Erziehungsauftrag der Schule die Grundlage für Einschränkungen der Pressefreiheit hergeben müsse. Es habe schon einmal einen Landtagsbeschluß gegeben, daß Vertriebsverbote für Schülerzeitungen aus der Schulordnung zu streichen seien. **Brigitte Schuman** (DIE GRÜNEN) nannte es als Ziel der Entwürfe, den Kultusminister zu zwingen, endlich dem Landtagsbeschluß nachzukommen. Es sei mit dem Erziehungsauftrag der Schule völlig unvereinbar, Schülerinnen und Schülern die grundgesetzlich garantierte Meinungsäußerung zu untersagen. **Birgit Fischer** (SPD) erinnerte daran, daß in der Schulordnung Meinungsfreiheit für Schülerzeitungen und auch das Zensurverbot festgeschrieben seien, man rede also ausschließlich über das Vertriebsverbot. Außerhalb der Schulen könne niemand den Vertrieb unterbinden. **Marie-Luise Woldering** (CDU) äußerte sich kritisch zu einer Aufhebung der Vertriebsstrafung. Das Vertriebsverbot sei keine Zensur, die Gefahr des Mißbrauchs sei durch strenge Regelungen gebannt. Klarheit sei besser als eine „allgemeine Floskel“. **Kultusminister Hans Schwier** (SPD) plädierte dafür, nüchtern das Thema zu erörtern und sich genau zu überlegen, was wirksamer sei: Die Drohung mit dem Strafrichter oder mit dem Vertriebsverbot auf dem Schulgelände, was erfahrungsgemäß zu einer erhöhten Auflage führe.

„Niemand will die Kohle zerschlagen“

Der Landtag hat einen Antrag der F.D.P.-Fraktion zu einer Strukturinitiative „Montanregionen“ (Drs. 11/2004) an den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie an den Verkehrsausschuß überwiesen.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) unterstrich, daß die Notwendigkeit des Strukturwandels in NRW noch dringlicher als bisher und auch im Vergleich mit anderen Ländern und Regionen noch größer geworden sei. Mit ihren kohlepolitischen Eckpunkten vom 13. Juni und der heutigen Strukturinitiative Montanregionen habe die F.D.P. Nordrhein-Westfalens bisher als einzige Fraktion ein trag- und konsensfähiges Konzept für die Energiepolitik und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in NRW-Montanregionen entwickelt.

Ernst-Otto Stüber (SPD) fand es gut, daß auch die F.D.P. den Jahrhundertvertrag bis 1995 sichern wolle und für eine Anschlußregelung bis mindestens 2005 eintrete. Gut und hilfreich finde er auch, daß die F.D.P. die Koks- und Eisenindustrie als „wichtige Säule der deutschen und europäischen Rohstoffversorgung“ bezeichne. „Wir stimmen also in einer ganzen Reihe von Punkten überein“, meinte der Abgeordnete. Er befürwortete, daß es sinnvoll wäre, angesichts der tiefen Verunsicherung zu einer gemeinsamen Sprachregelung zu kommen.

Laurenz Meyer (CDU) unterstrich, es gebe niemanden, der die Kohle zerschlagen und den Bergbau kaputt machen wolle. „Lassen Sie uns doch das gemeinsam herausarbeiten, dann kommen wir auf diesem Wege besser zum Ziel, als wenn wir uns hier in der Form weiterstreiten, wie das vor Ort passiert“, sagte Meyer. Das Gesamtkonzept müsse von allen getragen werden, und deshalb müßten auch alle an einen Tisch.

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) monierte: „Wer so weit weg ist von der Lebenswirklichkeit im Ruhrgebiet, wie Sie, meine Damen und Herren von der F.D.P., sollte sich eigentlich mit Aussagen über das, was den Menschen dort guttäte, zurückhalten. Was wissen Sie eigentlich von den konkreten Problemen in Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Herne und Mülheim? Dort sind Sie nämlich überall noch nicht einmal in den Räten vertreten.“

Fritz Kollor (CDU) meinte, Strukturpolitik könne Energiepolitik nicht ersetzen. Deshalb sei anzuerkennen, daß die F.D.P. in ihrem Antrag die Vorlage eines energiepolitischen Gesamtkonzeptes einfordere.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) sagte, es sei keineswegs ausgestanden, ob man bereits eine eindeutige Grundposition über die wirklich langfristige Akzeptanz der Steinkohle in der Bundesrepublik habe. Geklärt werden müsse, ob das, was bisher unbestritten gegolten habe, auch in Zukunft ein tragendes Element sein werde. Die Einhaltung des Jahrhundertvertrages bezeichnete Einert als eine wichtige Voraussetzung.

Verkehrswege: Verfahrensschritte beschleunigen

Das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz des Bundesverkehrsministers haben die Grünen im Landtag zum Anlaß eines Antrags unter dem Titel „Frühestmögliche Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung bei der Planung von Verkehrswegen“ (Drs. 11/1994) genommen. In die Beratung war der CDU-Antrag „Beschleunigung von Planungsverfahren im Verkehrsinfrastrukturbau“ eingeschlossen. Beide Anträge wurden an den Verkehrsausschuß überwiesen.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) hielt der Bundesregierung vor, ihr Gesetz ignoriere positive Erfahrungen der alten Länder im Hinblick auf Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeit und zerstöre das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit von Planungsverfahren. Anliegen ihres Antrages sei es, die Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen sowie Umweltverbänden im frühestmöglichen Planungsstadium einzubeziehen.

Günter Langen (CDU) betonte, das geeinte Deutschland brauche so rasch wie möglich leistungsfähige Verkehrswege. Die CDU-Landtagsfraktion begrüße den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege. In NRW sei in den letzten Jahren der Pfad der Beschränkung des Pkw-Verkehrs beschritten worden. Geholfen habe diese Politik wenig.

Uwe Herder (SPD) sagte, man wolle keine Bürgerrechte einschränken; aber man müsse die Verfahrensschritte reduzieren und beschleunigen. „Wir, die Politiker, egal auf welcher Ebene, müssen unsere Entscheidungsprozesse reduzieren und dürfen unser Fähnchen nicht dauernd im Wind drehen.“ Ferner müßten die Entscheidungsprozesse in den Verwaltungen beschleunigt werden.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) meinte, sowohl der Antrag der Grünen als auch der der CDU enthielten Ansätze, die die F.D.P. mittrage, beispielsweise die Umweltverträglichkeitsprüfung, eine größtmögliche Schonung der Lebensgrundlagen und frühestmögliche Bürgerbeteiligung. Gegen eine Landesregelung in NRW analog zu dem Beschleunigungsgesetz des Bundes bestünden aber erhebliche Bedenken.

Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) erklärte, nach Auffassung der Landesregierung müßten die planungsrechtlichen Abläufe für Verkehrswege im gesamten Bundesgebiet vereinfacht und gestrafft werden, um damit eine erhebliche Verkürzung der Planungszeiträume zu erreichen. Das schließe begrenzte Sonderregelungen für die besonderen Probleme der neuen Bundesländer nicht aus.

Kontroverse über Wirtschaftsförderung

Für eine Überprüfung der bestehenden Wirtschaftsförderungsprogramme und Institutionen vor Arbeitsbeginn der Wirtschaftsagentur hat sich die CDU-Fraktion in einem Antrag ausgesprochen (Drs. 11/2010). Der CDU-Abgeordnete **Dr. Jürgen Schwericke** bezeichnete die Förderung nordrhein-westfälischer Unternehmen und Betriebe als ein dringliches Anliegen der Union. Das Geflecht der Förderprogramme aber sei kaum durchschaubar. Ministerpräsident Rau sollte einen Bericht über die Effizienz der Förderprogramme vorlegen. **Loke Merzika** (SPD) bezeichnete es als wichtig, diese Institute jetzt vor dem Hintergrund eines erarbeiteten Rahmens zu gemeinsamen zielgerichteten Arbeiten in Schwerpunkten zu bringen. Nichts anderes sei zur Zeit beabsichtigt. **Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) vertrat die Auffassung, wenn die Landesregierung den Mut und die Kraft hätte, weite Bereiche der bisherigen Wirtschaftsförderung aufzugeben, würde das die Wirtschaft überhaupt nicht merken. **Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) stimmte dem Antrag der CDU zu. Was die Effizienz der Wirtschaftsförderung angehe, könne man einen Fortschritt überhaupt nicht erkennen. **Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) betonte dagegen, in Sachen Wirtschaftsförderung verfüge man nicht nur über ein Konzept, sondern, wie die Erfolgswerte zeigten, über ein sehr wirksames Konzept.

★

Ganztagschulen in NRW

Für eine Sanierung bestehender Ganztagschulen und ihre Ausweitung hat sich die Fraktion der GRÜNEN in einem Antrag ausgesprochen, der die Überschrift „Ganztagschulen verbessern und ausbauen“ trägt (Drs. 11/1999). Bei der Beratung erklärte deren Abgeordnete **Brigitte Schumann**, es gebe große Disparitäten zwischen den Angeboten in der Sekundarstufe 1, also für die älteren Schüler, und denen, die besonders darauf angewiesen seien, den Kindern in der Grundschule. **Jarka Padziora-Merk** (SPD) meinte, auch die SPD halte einen weiteren Ausbau von Ganztagschulen für erforderlich. Aber in vielen Punkten lese sich der Antrag der Grünen wie der Wunschzettel an das Christkind: wünschenswert, aber in diesem Jahrtausend nicht bezahlbar. **Manfred Kuhmichel** (CDU) sagte, ganztägige Betreuung und Förderung könne und dürfe nur ein Angebot sein. Ganztagsangebote hätten sich am Bedarf zu orientieren und seien keine Pflichtveranstaltung. **Andreas Reichel** (F.D.P.) hielt dem Kultusminister vor, ein äußerst bescheidener Ausbau der Ganztagsangebote werde dadurch realisiert, daß an anderer Stelle der Unterrichtsausfall noch vergrößert werde. **Kultusminister Hans Schwier** (SPD) betonte, die Ehrlichkeit dieses Antrages könne sich doch nur bei den Haushaltsberatungen erweisen. Da könne man nicht nur fröhlich fordern. Da müsse man auch sagen: Woher nehmen?

Hauptausschuß: Landesregierung plant Änderung des Landesrundfunkgesetzes

Terrestrische Frequenzen für Westschiene gewinnen

Die Landesregierung plant eine Änderung des Landesrundfunkgesetzes mit dem Ziel, terrestrische Frequenzen für die Westschiene zu gewinnen. Der Minister für besondere Aufgaben und Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement (SPD), beantwortete bei der Sitzung des Hauptausschusses unter Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) am 26. September die Frage nach der Änderung des entsprechenden Absatzes im Paragraphen 7 des Landesrundfunkgesetzes mit einem klaren Ja. Der Minister fügte hinzu, den Zuschauern solle ferner der Empfang von SAT 1 ermöglicht werden. Als „blanken Unfug“ bezeichnete Clement die Unterstellung, man sei nicht an terrestrischer Versorgung für die Westschiene und SAT 1 interessiert. Auch die Alternative, entweder Westschiene oder SAT 1, wolle er „für uns“ nicht gelten lassen. Die Lösung sei im Rundfunkstaatsvertrag niedergelegt. Beide Veranstalter müßten auch mit terrestrischen Frequenzen versorgt werden.

Die CDU-Sprecherin im Hauptausschuß, Ruth Hieronymi, begrüßte die Stellungnahme der Landesregierung, indem diese sich für drei private Veranstalter in NRW ausgesprochen habe. Sie teilte die Auffassung, daß es keine Alternative zwischen den Veranstaltern geben dürfe, sondern nur faire Konkurrenz. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig erinnerte daran, daß zusätzliche terrestrische Frequenzen für die Westschiene auch vom Westdeutschen Rundfunk Köln (WDR) abzugeben wären. Er fragte, wann ein einvernehmliches Verhandlungsergebnis mit dem WDR zu erwarten sei. Der SPD-Medienexperte Jürgen Büssow machte darauf aufmerksam, es sei nicht erkennbar, daß die Westschiene gleiche Chancen wie SAT 1 und RTL beispielsweise in Sachsen, Bayern oder Baden-Württemberg haben werde. Nordrhein-Westfalen müsse aber an einem bundesweiten Ausgleich liegen. Die Veranstalter brauchten den nationalen Markt. Es reiche nicht, einen Ausgleich in NRW herzustellen.

Der Hauptausschuß befaßte sich weiterhin mit Mangelversorgung beim lokalen Rundfunk. Der Empfang im Bereich des Lokalsenders Radio Neandertal, der vorübergehend gestört war, soll verbessert werden. Wie Ministerialrat Dr. Lossau von der Staatskanzlei erläuterte, habe der WDR „eine gute Frequenz“ zur Verfügung gestellt. Vorübergehende Defizite im südlichen Bereich, in Monheim und Langenfeld, sollen demnächst schon in den nächsten Tagen abgebaut werden. Jürgen Büssow hatte darauf hingewiesen, daß vor allem die Versorgung in Ratingen erschwert sei. Zu Aachen erklärte Frau Hieronymi, die Veranstaltergemeinschaft Aachen-Stadt sei in großer Sorge um die wirtschaftliche Tragfähigkeit. Lossau berichtete dazu, für den Bereich Aachen sei im Tausch ebenfalls eine starke WDR-Frequenz vorgesehen. Beraten werde noch über den besten Einsatzort. Möglich wäre Düren, aber auch Aachen-Stadt. Zu Problemen mit dem Standort Dormagen hieß es, es sei nun Aufgabe der Oberpostdirektion Düsseldorf, eine entsprechende Frequenz zu suchen. Desweiteren sollen Versorgungsschwierigkeiten in Mönchengladbach wegen



Ausschussvorsitzender Reinhard Grätz (SPD)

der dortigen ungünstigen Topographie durch Einrichtung eines Senders auf einem höher gelegenen Krankenhaus behoben und eine verbesserte Sendequalität erreicht werden. Einschätzungen aus dem Hauptausschuß, der Raum Köln sei nicht optimal mit Lokalfunk versorgt, wurden von der Staatskanzlei nicht geteilt. Die Kölner Frequenz reiche bis Düsseldorf, berichtete Lossau. Auf Versorgungsprobleme im Raum Herne ging der Abgeordnete Hellwig ein. Der Betreiber wolle deshalb eine Verlagerung des Sendestandortes von Bochum nach Herne. Die Bundespost müsse dazu die Möglichkeit schaffen. Von der Staatskanzlei wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Probleme dort schnell gelöst werden können.

Kunst am Bau

Der Hauptausschuß wandte sich dann dem Haushaltsgesetz 1992 mit den Einzelplänen 01 des Landtages, 02 des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei sowie 09 des Ministers für Bundesangelegenheiten zu. Für den Landtag bezifferte dessen Direktor Heinrich Große-Sender den Etat des Parlaments auf 147,7 Millionen Mark. Das bedeute eine Steigerung um 9,4 Prozent. Einen großen Anteil daran habe die Wahlkampfkostenerstattung, die durch das Wahlkampfkostengesetz vorgegeben sei. Insgesamt mache der Anteil des Landtagsetats am Landeshaushalt jedoch nur zwei Promille aus. Große-Sender ging auf die besondere Problematik eines Punktes im Personaletat des Landesparlaments ein. So habe das Präsidium sieben neue Stellen gebilligt, und die Landesregierung habe sie auch aufgenommen, aber mit Kw-Vermerken versehen. Die Stellen könnten damit erst zum 1. Oktober 1992 verwandt werden. Damit blieben nur drei Monate, um zusätzliches Personal zu beschäftigen. Das komme einer Streichung gleich, schloß der Direktor. Er bekräftigte, die Kw-Vermerke müßten beseitigt werden.

Unterschiedliche Auffassungen traten bei der Aussprache über Kunst am Bau zutage. Es gehe um Kunstwerke im Landtag. Er habe den Eindruck, das werde eine Geschichte ohne Ende, meinte der Abgeordnete Büssow. Er spielte besonders auf ein Kunstwerk vor dem Landtag an, ein kreisrundes, tonnenschweres Stahlgebilde. Büssow schlug vor, es in ein Industriemuseum zu „transplantieren“. An seiner Stelle sollte ein Baum gepflanzt werden, sozusagen eine Dorflinde mit einer Bank dazu. „Ob wir das nicht mal anpacken sollen?“ fragte der Parlamentarier, und riet dazu, sich einen Vorschlag bis zur Abstimmungssitzung (Haushalt), vermutlich am 21. November, gemeinsam zu überlegen.

Heinrich Große-Sender entgegnete darauf, er glaube, daß das Problem gegen Null gehen und in Lob umschlagen werde, wenn das Kunstwerk fertiggestellt sei. Der Direktor versicherte in bezug auf die Kunst: „Was wir hier am Landtag haben, ist schon von allerhöchster Qualität.“ Er erläuterte auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Hans Kern hin, Kunstwerke würden von der Kunstkommission des Landtags ausgesucht und angekauft. Dieser Kommission gehörten Abgeordnete aller Fraktionen an.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) berichtete, der Haushalt des Ministerpräsidenten schließe mit 166 Millionen Mark ab. Mit dem Entwurf würde der Versuch unternommen, die Schwerpunkte weiterzuführen, die Johannes Rau (SPD) in seiner Regierungserklärung 1990 angeführt habe. Clement zählte dazu das Bemühen der Landesregierung um technische Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt, europäische Aufgaben, humanitäre Projekte in osteuropäischen Ländern, Maßnahmen im Nahen und Mittleren Osten, vor allem in Israel und in den besetzten Gebieten, Hilfsmaßnahmen für die UdSSR sowie Fortsetzung des allerdings gekürzten Deutschlandprogramms. Das Verbindungsbüro Berlin müsse weitergeführt werden. Er gehe davon aus, daß das Büro erhalten bleibe, bis der Umzug von Regierungsstellen und des Bundesparlamentes vollzogen sei.

Zu weiteren schwerpunktmäßigen Maßnahmen zählte der Minister das „außerordentlich erfolgreiche Projekt“ des Medienforums in Köln, die Förderung des Filmfestivals ebenfalls in Köln, das nach den Erfahrungen in diesem Jahr „auf einem guten Weg“ sei, sowie die NRW-Filmstiftung.

Kritik wurde aus dem Hauptausschuß an der Stellenvermehrung in der Staatskanzlei geäußert. Ruth Hieronymi (CDU) räumte ein, sie stelle die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter der Staatskanzlei ausdrücklich nicht in Frage. Die Frage sei jedoch, wo die Prioritäten gesetzt würden. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde erinnerte daran, die Staatskanzlei sei auf ein Soll von 445 Stellen gekommen. Einem ständigen linearen Anwachsen stünde das andere lineare Problem gegenüber, „daß wir zu wenig Geld haben“. Das Ende der Finanzstange sei erreicht.

Clement verteidigte den Personalzuwachs am Beispiel des Medienforums in Köln, mit dem in der gesamten Fachwelt über die Bundesrepublik hinaus Akzente gesetzt

Westschiene...

Fortsetzung von Seite 15

würden. Dies habe auch mit der Anbahnung unternehmerischer Kontakte zu tun. „Das allerdings geht nicht ohne ein bißchen Personal.“ Eigentlich müsse man dafür ein eigenes Referat haben, stellte Clement fest. Gerade die Medienpolitik und die Medienwirtschaft seien originäre Aufgabe der Landespolitik wie zum Beispiel die Polizei.

Der CDU-Abgeordnete Lothar Hegemann meinte daraufhin an Clement gewandt: „Sie als Gesprächspartner sind sicher sehr wichtig für die Medienschaffenden“. Für Firmen aber sei ausschlaggebend, wie der Werbemarkt, wie die Kaufkraft in Nordrhein-Westfalen sei. Die Fraktionssprecherin der Grünen, Bärbel Höhn, ergänzte mit der Frage: „Was hat die Medienpolitik eigentlich an Arbeitsplätzen gebracht?“. Der CDU-Abgeordnete Manfred Heinemann verwies auf unternehmerische Tugenden. Er wollte wissen, warum die Staatskanzlei nicht mit gutem Wissen vorangehe, in diesem Jahr auf mehr Stellen verzichte und mit der bisherigen Mannschaft auskomme.

Wolfgang Clement konterte mit einer Gegenfrage: „Würde ein Unternehmer sagen, da, wo ich eine Chance habe, mache ich einen Rückzieher?“. Der Opposition hielt er vor: „Die Konditionen, die sie hier finden, möglichst zu optimieren, würden auch Sie tun, wenn Sie in der Regierung wären!“ Er teilte mit, daß allein RTL plus 700 Arbeitsplätze gebracht habe.

Bei seiner ersten Haushaltsberatung nahm der Hauptausschuß abschließend den Etat des Ministers für Bundesangelegenheiten zur Kenntnis. Wichtigstes Detail: Die Kosten für den Umbau der Landesvertretung in Bonn werden von 40 auf 20 Millionen Mark verringert. Frau Höhn fragte, ob denn nicht auch 20 Millionen Mark angesichts der Entscheidung für Berlin noch zu viel seien. Der Minister erwiderte darauf, Tendenz der Bundesregierung sei, einzelne Ressorts komplett in Bonn zu belassen. Er interpretierte, daß einzelne nicht gesetzintensive, länderbezogene und mit starker Ausrichtung nach Europa gekennzeichnete Ressorts in Bonn bleiben könnten. Im übrigen vollziehe sich der Gesamtprozeß erst ab 1999. Vor diesem Hintergrund müsse die Landesvertretung in Bonn gesehen werden. Er äußerte die Auf-

fassung, daß in weiterer Zukunft NRW-Landesvertretungen in Bonn und Berlin sein werden.

Gegen Ende seiner Sitzung beschäftigte sich der Hauptausschuß auf Antrag der Grünen mit der Beteiligung des Landtags an der Arbeit des Verfassungsrates zur Verfassungsreform. Mehrheitlich wurde beschlossen, ein Telegramm an Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth zu richten, in dem der Hauptausschuß seinen Willen bekundet, daß die Länderparlamente an der Beratung des Verfassungsrates beteiligt werden. Clement berichtete, die Mehrheiten seien für ein 64er Gremium, das aus 32 Mitgliedern des Bundestages und 32 des Bundesrates bestehen solle. Diese Konstruktion halte man nicht für gut. Durch Bemühungen von Ministerpräsident Rau sei nun ein Modell in der Diskussion, bei dem jeweils noch vier Externe hinzugezogen würden. Der Vorschlag von NRW laufe darauf hinaus, vier Präsidentinnen und Präsidenten von Landtagen hinzuzuziehen. Dies sei nicht einhellig, aber eine Minimallösung. Landtagsdirektor Große-Sender ergänzte, die Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage hätten es bei ihrer letzten Konferenz einstimmig für unabdingbar erklärt, daß die Parlamente bei der Verfassungsreform beteiligt würden.

Nicht am Katzentisch

Angesichts der Vierer-Lösung hakete der Vorsitzende des Ausschusses, Reinhard Grätz, ein: „Es gibt eine gewisse Grenze beim Thema Selbststachtung.“ Auch der SPD-Abgeordnete Gerhard Wendzinski unterstrich das Moment der Selbststachtung. Man könne keinen Küchentischvorschlägen zustimmen. „Wir können nicht am Katzentisch sitzen.“ Das NRW-Parlament müsse durch eine starke Persönlichkeit vertreten sein. Wendzinski schlug den SPD-Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann vor. Bärbel Höhn meinte: „Die Vier am Katzentisch bringen es auch nicht.“ Sie äußerte Bedenken, was aus der ganzen Verfassungsdiskussion überhaupt werde. Jürgen Büssow folgerte: „Es macht mich schon ein bißchen baff, wie sich die Bundesorgane gegenüber den Ländern Verhalten!“ Er befürchtete gar, es könne ein neuer Zentralismus entstehen.

Garzweiler...

Fortsetzung von Seite 4

Lorenz Meyer (CDU) betonte, die Landesregierung versäume hier, und das sei der zentrale Vorwurf, die Bürger an der Austragung des Konfliktes zwischen Umwelt und Wirtschaft zu beteiligen, und sie versäume, das Parlament diesen Konflikt nachvollziehen zu lassen. Für die CDU-Fraktion stellte der Abgeordnete fest: „Die Landesregierung behandelt das Thema Garzweiler II nicht seriös, wie es angemessen wäre.“

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) erklärte für die F.D.P.-Fraktion „noch einmal klipp und klar“, in dem sogenannten Energie-Mix hätten für die F.D.P. jetzt und in der Zukunft Braunkohle, Steinkohle und Kernenergie einen ganz wesentlichen Anteil. „Was wir hier in der heutigen Debatte in Frage stellen, ist ... wo und in welchem Umfang Abbau betrieben wird“, forderte der Abgeordnete.

Hans Alt-Küpers (SPD) merkte an, man solle ein gemeinsames Interesse daran haben, daß dieser Landtag entweder das Landesplanungsgesetz ändere und die Beteiligung des Landtages festschreibe, und auch, in welcher Art diese Beteiligung erfolgen solle, oder aber den Braunkohlenschausschuß arbeiten und ihm alle Hilfe zukommen lasse, statt ihm Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Im Augenblick sei nichts anderes geschehen als das, was der Braunkohlenschausschuß beantragt habe.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) betonte noch einmal, es könne doch nicht sein, daß hier die Landesregierung irgendwelche Entscheidungen treffe, und der Landtag von Nordrhein-Westfalen, der immerhin die NRW-Bevölkerung in einer landespolitisch ganz wichtigen Sache vertrete, schweige. „Wir reden über die Golfkrise, ganz klar! Wir reden über Jugoslawien, fassen sogar Beschlüsse ... Und ausgerechnet über ein landespolitisch wichtiges Vorhaben müssen wir schweigen?“

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) Fraktionsvorsitzender, wies die „völlig absurde und überzogene Kritik“ zurück, die in dem Satz gipfelle, das Parlament werde nicht angemessen beteiligt. Er stellte klar, rein formal gesehen sei der Inhalt der Leitentscheidung der Landesregierung, daß der Antrag des antragstellenden Unternehmens Rheinbraun abgelehnt werde. Ob es nun zu einer Neuentscheidung komme, die sich im Rahmen dessen bewege, was der Minister angedeutet habe, hänge zunächst einmal davon ab, ob das Unternehmen überhaupt einen neuen Antrag stelle.

Dr. Helmut Linsen (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte in einem zweiten Beitrag: „Ich sag' Ihnen für die CDU ganz klar: Die SPD hat eine Riesenchance auf einen Konsens hier vertan.“ Sie hätte sicherlich einen weitgehenden Konsens bekommen können, wenn sie ein anständiges parlamentarisches Verfahren gewählt hätte. Die CDU bleibe auf dem Standpunkt: „Stellen Sie Garzweiler II auf gesicherte Grundlagen!“

Gerhard Mai (DIE GRÜNEN) sagte in einem zweiten Beitrag, er hielte es aus seiner Sicht für sehr erfolgreich, daß diese Braunkohlenfront, die es hier im Landtag jahrzehntelang gegeben habe, diese einstimmige Braunkohlenfront, diese geschlossene Bank auch im Braunkohlenschausschuß, so langsam aufbröckele.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (Mitte) hat den Vizepräsidenten des Chinesischen Rechnungshofes, Li, sowie den Leiter des Referates für internationale Angelegenheiten im Chinesischen Rechnungshof, Professor Wu im Landtag empfangen. Die Gäste aus China kamen in Begleitung des Präsidenten des Landesrechnungshofes von Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Eberhard Munzert (hinten rechts) ins Landesparlament. Dabei waren ferner Dr. Blasius und Ministerialrätin Keisers vom Landesrechnungshof sowie Oberregierungsrat a. D. Dengler. Ganz links der Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender. Foto: Schüler

Klausur in Soest: Regionalbörsen — Haushalt '92 — Kommunalfinanzen

Einer guten Tradition folgend, tage der Haushalts- und Finanzausschuß zum Auftakt der Etatberatungen auswärts, erläuterte Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) das Programm der Klausurtagung am 26. und 27. September in Möhnesee und Soest. Auf der Tagesordnung standen unter anderem das Verhältnis der Regionalbörsen zur Frankfurter Wertpapierbörse, Stellenpläne, die Einzelpläne Finanzministerium und Allgemeine Finanzverwaltung im Haushalt 1992, kommunale Besteuerung als Standortfaktor sowie die Haushaltssituation der Gemeinde Möhnesee und des Kreises Soest. An den Beratungen nahmen als örtliche Volksvertreter zeitweise Brigitta Heemann (SPD) aus Soest und Eckard Uhlenberg (CDU) aus Werl sowie als Regierungsvertreter Finanzminister Heinz Schleußer, Staatssekretär Benetele und Fachbeamte teil.

Zum Thema „Standortentscheidungen von Unternehmen“ waren drei Berichte vorgesehen. Als „die große Unbekannte“ bezeichnete der Sprecher eines bekannten Herstellers nichtmotorisierter Fahrzeuge, insbesondere von Markenfahrrädern, die Steuerpolitik. Die Gewerbesteuer nannte er an fünfter Stelle bei Standortentscheidungen. Der Stadtdirektor von Soest hielt die Gewerbesteuer für unverzichtbar für die Gemeinden. Bei deren Erhebung sei im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen der Spielraum begrenzt. Finanzminister Schleußer sprach sich gegen unausgewogene steuerliche Entlastungen von Unternehmen aus, stimmte jedoch einem „deutlichen Schnitt“ bei der Erbschaftsteuer zu, wenn das Erbe im Unternehmen bleibe. In der Aussprache wurde auch auf psychologisch ungünstige Wirkungen von höheren Hebesätzen hingewiesen.

Die Landrätin des Kreises Soest, Karin Sander, begrüßte im gerade erst neugestalteten Sitzungssaal des Kreishauses den ersten Besuch eines Landtagsausschusses. Unter den Finanzproblemen des Kreises „im Herzen von Westfalen“ (267 000 Einwohner, Volumen Verwaltungshaushalt 1991 334 Millionen Mark) und der Gemeinde Möhnesee (9 000 Einwohner) kamen vor allem die steigende Kreisumlage als Folge der Umlage des Landschaftsverbands und die

Duales System für die Regionalbörsen

I
Der Haushalts- und Finanzausschuß befürwortet ein „duales Börsensystem“, das heißt ein geregeltes Nebeneinander von Präsenz- und Computerbörse, auch an der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf (RWB).

Er begrüßt den Beschluß des Börsenvorstandes der RWB zum Abschluß eines Rahmenvertrages für die Nutzung des elektronischen Handelssystems „IBIS“ in Düsseldorf.

Der Ausschuß bittet den Finanzminister, die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen in diesem Sinne weiter zu verfolgen. Er bittet die Teilnehmer an der Düsseldorfer Börse, den Handel in diesem System an der Rheinisch-Westfälischen Börse zügig in Gang zu setzen.

II
Der Haushalts- und Finanzausschuß hält eine der Bedeutung der RWB angemessene Beteiligung der Rheinisch-Westfälischen Börse an der Deutschen Börse AG im Interesse des Finanz- und Wirtschaftsraumes Nordrhein-Westfalen für dringend erforderlich. Damit würde die Region und der Finanzplatz Deutschland im Rahmen des europäischen Wirtschaftsraumes gestärkt. Die bisherigen Angebote der Frankfurter Wertpapierbörse reichen nicht aus.

III
Der Haushalts- und Finanzausschuß geht davon aus, daß die Börsenaufsicht auf einen strengeren und effizienteren Standard gebracht wird und die Ländersouveränität dabei gewahrt bleibt.

(Einstimmig beschlossen am 26. September 1991)



Im neuen Sitzungssaal des Kreishauses Soest informierte sich der Haushaltsausschuß über die Finanzsituation der Kommune Möhnesee und des Kreises aus erster Hand. Foto: Peter Dahm

zunehmende Verschuldung zur Sprache. Der Gemeindegemeinderat äußerte Geldsorgen wegen der Aufnahme von Asylbewerbern, für Kindergärten, den Brandschutz und die Abwasserbeseitigung. Bei Kürzung der Investitionszuschüsse dürften „die Kleinen“ nicht vor unlösbare Aufgaben gestellt werden. Im Kreis Soest sind die Sogwirkung von Krankenhäusern und Pflegeheimen

(auch auf Sozialhilfeempfänger), die Auslagerung der Jugendhilfe in größere Gemeinden und die Verantwortung für den ÖPNV Anlaß zu Sorgen. Bis zur Stunde sei, so stellte Oberkreisdirektor Harling fest, der Solidarausgleich gelungen, durch differenzierte Umlagen dürften Unterschiede Kreisangehöriger keinesfalls festgeschrieben werden.

Fluggastkontrolle

Abweichend von Regelungen auf Bundesebene wird in NRW zwischen den beteiligten Ministerien und den Flughafengesellschaften Düsseldorf, Köln/Bonn und Münster/Osnabrück über die Übertragung der Fluggastkontrollen auf eine gemeinsame Tochtergesellschaft der Flughäfen verhandelt. Dies ging aus dem Bericht des Verkehrsministeriums und der Beantwortung von Fragen der Abgeordneten in der von Hans Jaax (SPD) geleiteten Arbeitsgruppe Fluggastkontrollen am 10. September und am 1. Oktober hervor. Entscheidungen der Flughafengesellschaften sollen bis Anfang November getroffen werden. Die Tochtergesellschaft soll sich aus den Gebühren (zur Zeit fünf Mark pro Fluggast) selbst tragen. Für den polizeilichen Lagedienst müßten 42 Stellen im Landeshaushalt ausgebracht werden. Das übrige Personal würde ohne Nachteile übernommen.

Zwei Minister standen Rede und Antwort

Wasserwirtschaftlich-ökologische Schutzlinie

Einen Tag nach der Parlamentssondersitzung zum Braunkohle-Aufschluß Garzweiler II und nach der Leitentscheidung durch das Kabinett standen Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) und Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) den Mitgliedern des Wirtschafts- und des Umweltausschusses in einer gemeinsamen Sitzung am 25. September Rede und Antwort. Eine 54seitige Erläuterung zu den Leitentscheidungen (Vorlage 11/767) wurde vorgelegt.

In der von den Ausschußvorsitzenden Dr. Jürgen Schwericke (CDU) und Werner Stump (CDU) geleiteten Sitzung wurde nach dem Zustandekommen der „wasserwirtschaftlich-ökologischen Schutzlinie“ gefragt, an der der zu genehmigende neue Aufschluß enden soll und die die ursprüngliche Abbauplanung um rund 30 Prozent verringert. Insbesondere aus den Ausführungen des Umweltministers wurde deutlich, daß die neue Schutzlinie die Grenze dessen sein solle, was genehmigt würde. Außerdem

soll der Bergbaubetreiber beim Einsatz der Braunkohle zur Stromerzeugung zu geringerem Kohlendioxidstoß veranlaßt werden. Der Wirtschaftsminister kündigte die Vorlage des ersten Klimaberichts einer Landesregierung in einigen Wochen an und betonte, energiewirtschaftliche Gründe für die Verkleinerung von Garzweiler II gebe es nicht. Ausschußmitglieder, die auch dem Braunkohle-Ausschuß beim RP angehören, empfahlen, diesem die weiteren Untersuchungen zu überlassen.

Anhörung: Ist die (auto)mobile Gesellschaft sozial- und umweltverträglich?

Elektronische Verkehrslenkung, intelligenter Verbund, Fahrrad-Transport

Den Sachverständigen waren mit der mit dem Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung sowie dem Verkehrsausschuß abgestimmten Einladung 18 Fragen vorgelegt worden, zum Beispiel: Welche Alternativen bestehen zum Anspruch auf Mobilität? Wie können Bürgern ohne Auto mehr Chancen zu Mobilität ermöglicht werden? Ist der Trend zu immer höheren Transportleistungen unumkehrbar? Wie können attraktive Schnittstellen vom Individual- zum öffentlichen Personenverkehr geschaffen werden? Für die Wahl des Themas Verkehr sei, so erläuterte eingangs die Vorsitzende, die Problembreite des motorisierten Verkehrs ausschlaggebend gewesen.

Mobilität sei ein wesentliches Merkmal der Wohlstandsgesellschaft, führte Dr. Hoff für den Verband der Automobilindustrie aus. Die These vom Verkehrsinfarkt sei nicht stichhaltig. Wachsender Individualverkehr sei vor allem im Freizeitbereich zu verzeichnen. Ab dem Jahr 2005 sei eine rückläufige Entwicklung vorstellbar. Im Straßennetz müßten verstopfte Strecken beseitigt und die Verkehre besser miteinander verknüpft werden.

Mobilität gewähren heiße auch, die Mobilität anderer einschränken, sagte Karl Schallböck vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dortmund. Die Beweglichkeit nichtmotorisierter Verkehrsteilnehmer in Städten sei bereits mehr eingeschränkt als vor hundert Jahren. Von der Technik her würden Autos immer größer, schneller, schwerer. Für die öffentlichen Haushalte sei die Verkehrsinfrastruktur kaum noch bezahlbar. Weltweite Motorisierung wie bei uns sei nicht möglich.

Namens des DGB-Landbezirks NRW widersprach Winfried Mengelkamp der These, Wirtschaftswachstum bedinge Verkehrswachstum und trat für die Optimierung bestehender Systeme (kurzfristig), unter anderem durch Tempolimit, Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer, Industrienormen, Befahrensverbot, Arbeitszeit-Entzerrung ein. Mittelfristig sollten Verkehre auf die Schiene verlagert werden. Der ÖPNV müsse billiger als der Pkw und attraktiver als gegenwärtig sein. Die Privatisierung lehne der DGB ab.

Der Alltag von Frauen war Schwerpunkt der Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten des Zweckverbands Großraum Hannover Katja Striefler. Komplexe Leistungen in Beruf und Familie sowie Dienste für Angehörige erforderten besondere Mobilität, die bei Benutzung öffentlicher Verkehrswege die Zeitwänge vermehrten. Der private Pkw biete gewissen Schutz vor Gewalt. „Nachts, allein, im Dunkeln“ hätten Frauen Angst und seien auch von daher in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Gefahrenorte müßten entschärft werden.

Als Zubringer von der Endstation eines attraktiven öffentlichen Verkehrsmittels nach Hause könne das Fahrrad eine wichtige Funktion erhalten, führte Michael Kappels (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) aus. Eine große Modellvielfalt neuartiger Fahrradanhänger und von Lastenrädern ermögliche städtische Gütertransporte, ein Versuchsprojekt biete sich an. Auch bei ohnehin nicht durchsetzbaren Verkehrsbe-

In einer ganztägigen Anhörung des Ausschusses Mensch und Technik zum Thema „Gesellschaftliche Mobilitätsansprüche und motorisierter Individualverkehr“ nahmen am 25. September unter Leitung der Vorsitzenden Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) vierzehn Sachverständige aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr zu Grenzen des Verkehrswachstums, technischen Alternativen beim motorisierten Individualverkehr (IV) und zur Bewertung von Mobilität als Anspruch Stellung. Übereinstimmend registrierten alle Experten Handlungsbedarf, auch im Hinblick auf Schadstoffausstoß und Klimaproblematik. Die Vorschläge reichten von Verteuerung des Autofahrens über besseres Management der verschiedenen Verkehrsarten bis zum Ausbau des Straßennetzes.



Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), Vorsitzende des Ausschusses „Mensch und Technik“, leitete die ganztägige Anhörung zum Thema Mobilität, hier: Ausstellung im Landtag zur Anhörung.

schränkungen durch Parkverbote, Verteuerungen, Tempolimit würden die Schadstoffemissionen bis zum Jahr 2005 noch zunehmen, erläuterte Dr. Höpfner (Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg), der für die Klima-Enquete-Kommission des Bundestages Szenarien berechnet hatte. Autofahren müsse teurer und seltener werden, das zeige die drastische Beschränkung in Heidelberg, die inzwischen das Bewußtsein der Menschen verändert habe.

Von jedem Deutschen würden derzeit rund 12000 Kilometer jährlich zurückgelegt, trug Dr. Eberlein (DLR-Verkehrsforschung) vor. Der Güterverkehr mache 4500 Tonnenkilometer pro Person aus, beides überwiegend auf der Straße. Die Probleme würden zunehmen, dennoch sei er gegen pauschale Erschwerungen des Straßenverkehrs nach dem Motto „Freie Fahrt für reiche Bürger“. Verdichtungen gebe es in Innenstädten und Fernverkehrskorridoren. Der Verkehrsfluß müsse elektronisch gesteuert, Gebühren müßten zeitlich gestaffelt werden.

Für den Verkehrsclub Deutschland sei Mobilität kein Grundwert, meinte dessen Vorstandssprecher Uwe Grandke. Zwischen dem Grundrecht der Freizügigkeit und erzwungener Mobilität müsse unterschieden werden. Durch Zentralisierung von Verwaltungen, Trennung von Wohnen und Arbeiten, Verlagerung des Einkaufens werde den Bürgern Mobilität aufgezwungen. Der Anspruch, jederzeit überall hin mit dem Pkw zu fahren, sei sozialverträglich nicht zu realisieren. Alternativen böten sich durch Umweltverbund: Fortbewegung zu Fuß, per Fahrrad, ÖPNV als Kombination. Fußgänger und Radfahrer müßten bevorzugt werden.

Der Verkehrsclub trete für Tempo 30/80/100 zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs ein. Für Behinderte und Alte müsse mehr getan werden.

Die Verantwortung zum Handeln liege bei den Städten, sagte Rainer Götz (Technischer Vorstand Stadtwerke Oberhausen) und legte ein Konzept „Stadtverkehrsmanagement“ vor, mit dem ÖPNV und IV integriert würden und flexibel auf Zustände reagiert werde. Um einen Verdichtungsraum solle ein Kordon von Park-and-Ride-Terminals gelegt, für den Güterverkehr Logistik bereitgehalten werden. Eigene Trassen für umweltfreundliche und rechnergesteuerte Verkehrsteilnehmer könnten die Stadtprobleme lösen.

Mehr Mobilität für behinderte und ältere Bürger über den Nahbereich hinaus ermögliche die persönliche Verbindung mit Kindern und Enkeln, meinte Dipl.-Ing. Voß (Bundesbahndirektion Köln) und trat für Vergünstigungen bei Fernreisen für diesen Personenkreis ein. Durch die deutlich höhere Nachfrage beim Ausflugsverkehr und bei Kurzurlauben sei insbesondere die Bahn gefordert.

Auf besonderes Interesse stieß der Vortrag von Professor Reinhardt Jünemann, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Materialfluß und Logistik Dortmund. Jünemann stellte „Cargo 2000“ vor, ein innovatives Transportsystem, das ermöglicht, mehr Teilladungen und Sammelgüter auf die Schiene zu verlagern. Im Institut werde außerdem an „City-Logistik“ gearbeitet: zügige und umfassende Versorgung von Großstädten mit Gütern bei gleichzeitiger Vermeidung von Staus, Lärm und Luftverschmutzung.

Anhörung des Umweltausschusses in Sachen Garzweiler II — zweiter Teil:

Pro und contra die Notwendigkeit des geplanten Braunkohlentagebaus

Außer den wasserhaushaltlichen Auswirkungen des geplanten Braunkohlentagebaus Garzweiler II bildeten zwei weitere Aspekte das Thema der öffentlichen Anhörung am 13. September: Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung unter dem Vorsitz von Werner Stump (CDU) informierte sich auch über die sozialen und ökologischen Folgen des Projekts. — Wir setzen damit die Berichterstattung fort.

Helmut Goedecke von Rheinbraun unterstrich, wohl noch nie seien Feuchtgebiete so intensiv hydrologisch und ökologisch untersucht worden. Viele Teilfragen seien untersucht worden, in einigen Teilaspekten gebe es vielleicht noch Klärungsbedarf. Aber, so Goedecke weiter, anhand der vorliegenden Untersuchungen sei nur ein Gesamturteil möglich. Und das laute: „Insgesamt gesehen bleiben trotz der wenigen, örtlich begrenzten Veränderungen durch Versickerungsmaßnahmen die ausgedehnten Feuchtgebiete des Naturparks Schwalm-Nette in ihrem Wasserhaushalt, in ihrer ökologischen Struktur und in ihrer Wertigkeit erhalten.“

Genau umgekehrt das Urteil von Dr. Albert: „Die geplante Realisierung von Garzweiler II beinhaltet hinsichtlich der zu erwartenden Folgen für die aus Natursicht wertvollen Feuchtgebiete, insbesondere im Schwalm-Nette-Bereich, ein sehr hohes ökologisches Risiko“ — so die Feststellung des Vertreters der Planungsgruppe Ökologie und Umwelt in Hannover. Sein Vorschlag: Umweltverträglichkeitsprüfung für Garzweiler II und abschnittsweise Genehmigung, um künftige technische und gesellschaftliche Entwicklungen einbinden zu können.

In jeglicher, auch — wie er betonte — in verkleinerter Form lehnte Willi van der Beek, Sprecher des Zweckverbandes Schwalm-Nette, den Braunkohlentagebau Garzweiler II ab. Die beabsichtigten Sumpfungsmaßnahmen würden zu unübersehbaren Schädigungen in den Feuchtgebieten des Schwalm-Quellbereichs führen, die Grundwasserabsenkungen hätten die Vernichtung der Existenzgrundlage der hochsensiblen und schützenswerten Feuchtgebiete zur Folge. Schwalm-Nette sei ein Gebiet von nordeuropäischem Rang und habe für acht Millionen Menschen eine „nicht hoch genug einzuschätzende Wohlfahrtsfunktion“.

Ähnlich ließ sich Dorothea Schubert vom BUND Landesverband NRW ein: Die Auffassung von der ökologischen Vertretbarkeit sei nichts als ein „Glaubensbekenntnis an die Technik“. Nach der Sumpfung würden die Grundwasserlandschaften Jahrhunderte zur Regeneration brauchen, „und es wird Wasser von wesentlich minderer Qualität sein“. Die Art und Weise, wie die Landesregierung über Landschaft und Heimat entscheide, sei „undemokratisch und skandalös“.

Auf der gleichen Linie die Erklärung des Sprechers der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW, Radermacher: Eindeutig gegen Garzweiler II, auch in eventuell verkleinerter Form. Der Braunkohlenabbau lasse sich nicht mit dem Erhalt so

bedeutender Feuchtgebiete vereinbaren. Für eine sozialverträgliche Umsiedlung der vom Tagebau betroffenen Menschen seien die erforderlichen Bedingungen erfüllt, erklärte Dr. Christian Lögters für die Rheinbraun AG. Das Unternehmen verfüge in dieser Frage über ein jahrzehntelang bewährtes Konzept und sehe, bei sinnvoller Veränderung von Teilaspekten, keine Notwendigkeit zu einer prinzipiellen Veränderung.

„Annäherungen“ an eine Sozialverträglichkeit sah Professor P. Zlonicky als möglich an und nannte dafür zehn Kriterien, etwa daß der Eingriff nicht willkürlich, sondern eine zwingende energiepolitische Notwendigkeit sei. Es müsse auch sichergestellt sein, daß die naturgemäß langfristigen Braunkohleplanungen revidiert werden, wenn sich die Grundannahmen änderten.

Aus seiner Erfahrung aus 14 Jahren Umsiedlung der Orte Garzweiler und Garzweiler-Priesterath, die er begleitet habe, kam Professor Ulrich, Sprecher eines Aachener Planungsbüros, zu dem Urteil: Wenn man das Alte mit dem Neuen vergleiche und zurückschaut, dann möchte er

merkmal. Die Umsiedlung von 8000 oder 12000 Menschen werde nach dem gleichen Verfahren abgewickelt wie die Entschädigung eines dem Straßenbau weichen Hauses. Nur die materiellen Werte, nicht aber die immateriellen, würden entschädigt, nach dem Motto: Neu für alt. „Ich möchte mich für den Grundsatz ‚Neu für alt — Ersatz statt Entschädigung‘ als ein verbrieftes und allgemeingültiges Recht für alle Umsiedler aussprechen.“

Auf die Folgen eines Nichtaufschlusses von Garzweiler wies Dr. von Fricken, Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein hin: Würde die Braunkohlenverstromung um 30 Prozent reduziert, dann gingen im rheinischen Revier über 8000 Arbeitsplätze und ein jährliches Auftragsvolumen von 130 Millionen Mark verloren.

Georg Büschgens von der Bürgerinitiative „Stoppt Rheinbraun“ sagte: „Was gestern noch schützens- und erhaltenswert war, soll morgen bedenkenlos auf dem Altar des Profits der Firmen Rheinbraun und RWE geopfert werden.“ Die Umsiedlung der Menschen sei in Wahrheit Vertreibung. Für die Braunkohle die „Verzweiflung und Verbitterung“ von 12000 Menschen in Kauf zu nehmen, das sei eines Rechtsstaats unwürdig. Dieter Schmitt von der Rheinischen Bürgeraktion „Stoppt Braunkohlentagebau“



Für Schaubilder war eigens eine Leinwand aufgebaut worden, als die Experten im Plenum des Landtags mit ihren Stellungnahmen zu Garzweiler II zu Wort kamen. Foto: Schüler

sagen, „die Umsiedlung, so wie sie bisher läuft, ist nicht sozialverträglich“. Das liege auch daran, daß für derartige Orte es bislang versäumt worden sei, zukunftsorientierte Leitideen zu schaffen. Wenn er auch seine eigene Arbeit nicht schlechtmachen wolle, so müsse man doch festhalten, daß es zwar akzeptable Kompromißergebnisse gebe; aber die seien eigentlich alle „im Alleingang“ von Einzelnen erzielt worden. Er forderte für die Zukunft, den Umsiedlungsprozeß weitgehend vom Bergbautreibenden „abzukoppeln“.

Horst Becker von der Sozialwissenschaftlichen Beratung in München gab seinen Dissens zu der Einstellung bestimmter Gutachter zu Protokoll: Die hätten eine klare Vorstellung davon, was für die Umsiedler und ihre Familien gut sei, und möchten gerne, daß die Umsiedler dieses Bewußtsein erlernten.

Auf einen anderen Umstand machte Dipl.-Ing. Hildegard Schröteler-von Brandt auf-

stellte die Frage, ob das Schicksal über die Tausenden aus dem Indener Gebiet hinaus noch weiteren 12000 Menschen zugemutet werden könne. Es sei ein „Primatwechsel“ fällig. Nicht einem „fixen Energiebedarf“ seien Opfer zu bringen, „sondern es ist unser angemessener Energieanspruch, der Opfer bringen muß vor der mittlerweile überstrapazierten Natur und der bedrohten Zukunft“.

Dr. Hachen, Vereinigte Initiativen „Bürger gegen Abbau Frimmersdorf-West-West e.V.“, stellte sich hinter Prognosen, die eine mögliche Reduktion der Braunkohle um 30 Prozent für möglich halten — ausgehend von heute vorhandenen 100 Millionen Tonnen Jahresförderung. Wenn sie dies realisiere, werde die Landesregierung ihrem eigenen Anspruch gerecht, Vorsorgepolitik im Bereich Umwelt und Energie zu betreiben. Und für dieses Produktionsziel sei eine Notwendigkeit für Garzweiler II „weiß Gott nicht“ zu erkennen.

Schulausschuß: Schulzeitverkürzung bietet sich nach Expertenmeinung wegen zu hohen Schulabgangsalters an

Zur öffentlichen Anhörung zum Thema „Schulzeitverkürzung“ hatte der Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter der Leitung des Vorsitzenden Hans Frey (SPD) Experten eingeladen. Grund: Modellversuche zur Konzentration und Straffung der Schulzeit an Gymnasien auf acht Jahre. Die Fraktionen von CDU (Drs. 11/873) und DIE GRÜNEN (Drs. 11/1071) hatten hierzu Anträge formuliert. Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften und Interessengruppen äußerten sich unterschiedlich zum Thema.

Als Schritt in die richtige Richtung sah Dr. Ferdinand Bitz, Sprecher der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre an. Die Ursachen für das bei 29 Jahren zu hoch liegende Berufseinstiegsalter liegen seiner Ansicht nach bei einem hohen Einschulungs- wie Schulabgangsalter. Viele, die die Schule verlassen, seien 20 Jahre und älter.

Der Geschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und Handelskammer des Landes NRW, Dr. Rudolf Alberg, meinte, in NRW sei die Zeit für einen Modellversuch reif. Unter volkswirtschaftlichen Aspekten sei, so Alberg, eine Verkürzung der Ausbildungszeit erstrebenswert.

Eine ablehnende Haltung äußerte Professor Dr. Werner Heldmann als Sprecher des Deutschen Hochschulverbandes. Dies betreffe Fragen, die die unterschiedlichen Modelle der Schulzeitverkürzung, so unter anderem Kürzung der Ober- und Mittelstufe, als Kernpunkte hätten.

Für eine Verkürzung der Gymnasialzeit hingegen plädierte Professor Dr. Klaus Westphalen von der Pädagogischen Hochschule Kiel. Eine eindeutige Antwort könne zur Zeit jedoch nicht gegeben werden. Westphalen sprach dabei die Empfehlung aus, die Modellschulen nach dem von Dr. Heldmann vorgelegten Programm einzurichten, in dem ein achtjähriges Gymnasium bis in die Fach-



Anhörung im Ausschuß für Schule und Weiterbildung: vorne Ausschußvorsitzender Hans Frey (SPD).

lehrpläne hinein als Ganzes durchkonzipiert sei.

Derartige Modellversuche können nach Meinung von Professor Dr. Wolfgang Mitter vom Deutschen Institut für Pädagogische Forschung (DIPF) der Reform des Schulwesens dienen, Entscheidungen aber nicht ersetzen. Er spreche sich bei der Entscheidung in der Schulzeitdiskussion für Modellversuche aus.

Ohne Niveauverlust

Für Professor Dr. Henning Günther von der Universität Köln, Abteilung für Allgemeine Didaktik und Schulpädagogik, bestand kein Zweifel daran, daß ohne jeden Niveauverlust das gymnasiale Lernen schon in acht

Jahren zum Abitur führen könne. Er hielt es demnach für sinnvoller, die gesamte gymnasiale Schulzeit um ein Jahr zu verkürzen.

Genau wie Bernhard Fluck, erster Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes, hielt auch Margarethe Bernhardt von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine Schulzeitverkürzung aus pädagogischen und bildungsökonomischen Gründen für falsch und unververtretbar. Eine Schulzeitverkürzung würde genau in das Gegenteil dessen, was ihre Befürworter erwarten, umschlagen: keine Verkürzung, sondern eine Verlängerung der Gesamtbildungszeit. Die öffentliche Anhörung, an der Politiker aller Fraktionen beteiligt waren, machte eines deutlich: Die Diskussionen um Schulzeitverkürzung werden fortgesetzt. jek

RAF-Kommandoebene liegt nicht in NRW-Haftanstalten

Nach den derzeitigen Erkenntnissen auf Bundes- wie auf Landesebene liegt die Kommandoebene der Roten Armee Fraktion (RAF) nicht in den nordrhein-westfälischen Haftanstalten. Darauf hat Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) am 30. September vor dem Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) hingewiesen.

Auch die Frage der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Ruth Hieronymi, ob nicht ein Teil der Häftlinge der Kommandoebene zuzuordnen sei, beantwortete Schnoor mit Nein, schränkte indessen ein, man könne, auch wenn keine Erkenntnis vorliege, niemals „nie“ sagen. NRW-Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) betonte ebenfalls, es gebe auch heute noch keine konkreten Anhaltspunkte, daß sich die Spitze der Kommandoebene aus dem Kreis der Häftlinge rekrutiere.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses stand das Thema „Kom-

munikation der für die Bekämpfung des Terrorismus zuständigen Landes- und Bundesbehörden“ anhand des Verfassungsschutzberichtes des Landes NRW 1990. Der Vorsitzende hatte dazu Vertreter des Bundesinnen- und Bundesjustizministeriums des Generalbundesanzwalts und des Bundeskriminalamtes eingeladen. Niemand war gekommen. Der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow bezweifelte denn auch, ob die Geschäftsgrundlage für die Sitzung noch erfüllt sei.

Reinhard Grätz sagte: „Ich sehe das auch nicht als freundlichen Akt an.“ Der CDU-Abgeordnete und Vizepräsident des Landtages, Dr. Hans-Ulrich Klose, sprach von einem „unmöglichen Vorgang“. Er schlug vor, die zuständigen Ministerien der Bundesregierung sowie die Präsidentin des Deutschen Bundestages zu unterrichten. „Das können wir uns nicht gefallen lassen“, sagte Klose. Die Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn stellte die Frage, wie das überhaupt mit dem Datenfluß zwischen Landes- und Bundesbehörden sei. Vorsitzender Grätz

bekräftigte, es sei „einvernehmlicher Wille, daß wir das monieren“.

Zum Sachstand merkte Innenminister Schnoor an, das rechtliche Instrumentarium zur Bekämpfung des Terrorismus reiche aus. Unter anderem berichtete er, das Landes kriminalamt sei die zentrale Sammel- und Auswertungsstelle. Nur in Ausnahmefällen verfolge es Straftäter selbst. Der Minister deutete an, im Rahmen der Überlegungen zur Neuordnung der Polizeiorganisation sei auch die rechtliche Stellung des LKA zu überdenken. Wenn die Koordination der Verbrechen- und Terrorismusbekämpfung gefordert sei, könne eine Erweiterung der Zuständigkeiten des LKA zum Zuge kommen. Zur Zusammenarbeit des NRW-Verfassungsschutzes mit den verschiedenen Bundesbehörden, mit der Polizei des eigenen Landes sowie der anderen Länder, mit der Staatsanwaltschaft, dem Generalbundesanwalt und den Justizministerien sagte Schnoor, alle Zweifelsfragen hätten letztlich immer einvernehmlich geklärt werden können. Fortsetzung Seite 21

Weltkindertag im Landtag — 270 junge Gäste — Fragestunde mit Präsidentin

Vater Rau hat jeden Morgen Kindersprechstunde

„Warum haben Kinder kein Wahlrecht?“ — mit dieser Frage eröffnete ein elfjähriger Schüler aus Mönchengladbach die Fragestunde im Plenarsaal. 270 Mädchen und Jungen waren am Weltkindertag der Einladung von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe gefolgt und, wie bereits kurz berichtet, zum Hohen Haus gekommen. Unter 1700 Bewerbungen aus allen Schulen des Landes wurden 110 Schüler und fünf Schulklassen durch ein Losverfahren ausgewählt. Einmal den Politikern über die Schulter schauen — dazu hatten die Zehn- bis Vierzehnjährigen am „Tag des Kindes“ reichlich Gelegenheit. In 14 Ausschüssen standen die Politiker den Eintagsparlamentariern Rede und Antwort.

Frühmorgens ging es schon rund: 270 Kinder „besetzten“ den Platz vor dem Landtag. Milch- und Brotstand waren schnell in der Hand der „kleinen“ Gäste. Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) gesellte sich zu den Jugendlichen und nahm auch einen Schluck Milch. Heiß begehrt waren auch die Materialien am Informationsstand und viele Tüten prall gefüllt mit Broschüren, Postern und Puzzles.

Mit Musik und Tanz wurden die Kinder auf die Begegnung mit den Politikern eingestimmt. Statt die Schulbank zu drücken, lieber den Landtag kennenlernen — so war die einstimmige Meinung. Minister Heinemann schickte die jungen „Parlamentarier für einen Tag“ dann mit der Forderung „Löcher die Politiker“ zum Plenarsaal.

Ungewohntes Bild im Plenum: Statt Anzug mit Krawatte T-Shirts und Jeans. Die 270 Schüler und Schülerinnen nahmen die Plätze der Politiker ein, die sonst oft über den Alltag von ihnen Entscheidungen treffen. Auf der Regierungsbank nahm wie gewöhnlich Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) Platz. Eine einmalige Ausnahme machte da Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe: Sie verließ ihren angestammten Sitz über dem Rednerpult und begab sich zur Fragestunde ins Parlamentsrund. Ganz unbürokratisch und ohne Nervosität fragten die Kinder: „Warum haben Kinder kein Wahlrecht?“ „Wieso wird Bus- und Bahnfahren immer teurer?“

Ministerpräsident Rau lockerte die Stimmung auf. Er erzählte den jungen Leuten aus eigener Erfahrung, was es heißt, Kindern Rede und Antwort zu stehen. Als Vater von drei Kindern meinte er: „Ich habe jeden Morgen Kindersprechstunde und die Opposition im eigenen Haus.“

Sein Sohn finde es nicht so gut, daß er, Rau, das Amt des Ministerpräsidenten bekleide.



Auch ein Kinderzirkus zeigte zum Vergnügen der jungen Gäste seine Darbietungen im Landtag.

Er würde immer wegfahren und Reden halten. Der Bemerkung des Vaters, die Leute würden ihn so gern hören, wollte der Sohn nicht so recht Glauben schenken. Die jungen Zuhörer spendeten dem Regierungschef viel Beifall.

In den Ausschüssen

Zeit zum Zuhören nahmen sich die Politiker dann in den 14 Ausschüssen. Jeder Ausschuss wurde durch eine bestimmte Farbe auf den Buttons gekennzeichnet: Gelb für Sport, blau für Umwelt und braun für Verkehr. Interessante Themen brachten manche Politiker in Verlegenheit. Im Verkehrsausschuß diskutierten die Schüler über Tempo-30-Zonen, die Benutzbarkeit von Spielstraßen und Pläne zur Verkehrsberuhigung.

Reges Interesse stellten die Politiker auch im Umweltausschuß fest. Die Fragenliste reichte vom „Auto-durch-Bus-ersetzen“, den Autobahngebühren bis hin zur Wiederverwertbarkeit von Plastiksachen. Ein Schüler hatte zum Erstaunen der „alten“ Parlamentarier die Idee, den bereits bekannten „Umweltengel“ auch auf das ebenfalls umweltfreundliche Fahrrad zu kleben.

Eindeutige Positionen bezogen die

„Erwachsenen von morgen“ auch im Ausschuss, der ihnen gegenwärtig am ehesten entgegenkommt, im Schulausschuß. So stieß der Vorschlag von Brigitte Schumann (Die Grünen), Zensuren, Hausaufgaben und Sitzenbleiben abzuschaffen, bei den jungen Zuhörern erstaunlicherweise auf taube Ohren.

Klar die Begründung: „Wir leben in einer leistungsbezogenen Gesellschaft. Ohne Zensuren kommen wir total verblödet vom Gymnasium und werden mit den Anforderungen im Beruf nicht fertig.“

Nach soviel Kopfzerbrechen stillten die jungen Besucher ihren Hunger. Mit 60 Litern Eis, 400 Portionen Schokocreme und Wackelpudding zum Dessert, 200 Hamburgern, 100 Currywürsten, 100 Minipizzen, 1000 kleinen Frikadellen und 30 Kilo Pommes Frites und reichlich Getränken wurden die „Kids“ im hauseigenen Restaurant versorgt. Zwei Schülerrockbands, „Rockstarter“ und „Globus“, machten dabei das Essen mit schmissigen Melodien richtig schmackhaft. Präsidentin Friebe lud die Mädchen und Jungen zum Abschluß ins Theater Frilfränzchen und dem Zirkus Linoluckynelli ein, die in der Eingangshalle die Besucher in ihren Bann zogen. Für alle Beteiligten, Kinder wie Politiker, war der Tag eine aufregende Angelegenheit. Wiederholung im nächsten Jahr ist angesagt. jek

Kommandoebene

Fortsetzung von Seite 20

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek berichtete, der Generalbundesanwalt müsse das NRW-Justizministerium nicht über den Stand laufender Terrorismus-Verfahren unterrichten. Würden dennoch Informationen übermittelt, so habe das Justizministerium keine Dispositionsbefugnis und dürfe sie nicht an Dritte weitergeben. Das Justizministerium lasse sich selbstverständlich über wichtige Erkenntnisse auf „seiner Schiene“ unterrichten. Auf die Frage des stellvertretenden

CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hegemann, was es denn mit dieser eigenen Schiene auf sich habe, erläuterte der Minister: „Unsere Vollzugsbeamten müssen täglich mit den Häftlingen umgehen.“ Dabei gewonnene Erkenntnisse würden dem Ministerium oder dem Landeskriminalamt mitgeteilt.

Gegen Ende der Sitzung bezeichnete CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi die Frage immer noch als offen, wie die RAF-Häftlinge in NRW, unter anderem in der Haftanstalt Köln-Ossendorf, zur RAF-Kommandoebene stünden. Wer sage, die Inhaftierten gehörten

zu den Kommandoträgern, der spekuliere, meinte Schnoor. Auswertungen hätten nur ergeben, daß die Häftlinge in das Informationssystem der RAF einbezogen seien.

Der Abgeordnete Hegemann sagte, neu für ihn sei, daß Mitarbeiter des Landes an der Durchsuchung der Zellen und Auswertung der Kassiber im Auftrag des Bundes beteiligt seien. Der Innenminister nannte es selbstverständlich, daß sich der Generalbundesanwalt auf dem Wege der Amtshilfe Beamter des Landes bediene. Das sei kein neuer Sachverhalt; es geschehe so „seit Olims Zeiten“.

SPD-Fraktion

Neuer Tagebau nur mit mehr Umweltschutz

Professor Dr. Friedhelm Farthmann hat das RWE aufgefordert, jetzt schnell ein umfassendes CO₂-Minderungsprogramm vorzulegen. Anderenfalls sei der Braunkohletagebau Garzweiler II, auch in verkleinertem Umfang, nicht genehmigungsfähig. Mit diesen Worten wies der SPD-Fraktionsvorsitzende nachdrücklich auf das von der SPD-Fraktion geforderte Junktim zwischen einer Genehmigung des Tagebaus und den

notwendigen Energiesparmaßnahmen der antragstellenden RWE-Tochter Rheinbraun hin. Farthmann: „Ich rate den Elektroversorgungsunternehmen, diesen Genehmigungsvorbehalt ernst zu nehmen.“ Hier gehe es auch um die Glaubwürdigkeit des RWE. Der Konzern habe noch im November 1990 in großen Zeitungsanzeigen verkündet, welche Vorreiterrolle er bei der Reduktion der CO₂-Emissionen spiele. Wörtlich habe RWE verkündet: „Mit der Braunkohlenvergasung und einer neuen Generation von Kohlekraftwerken wird es möglich sein, den Energiegehalt der Braunkohle um rund 25 Prozent besser auszunutzen. Und dementsprechend sinken alle Schadstoffbelastungen.“ Fraktionschef Farthmann verwies darauf, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen den

Bau neuer Kombikraftwerke mit erheblich höheren Wirkungsgraden fordert.

Diese Kraftwerke müßten an verbrauchernahen Standorten gebaut werden, so daß eine Kraft-Wärme-Kopplung möglich werde. Darüber hinaus sollten die Energieversorgungsunternehmen einen deutlich größeren Beitrag zum Stromsparen und zur Nutzung regenerativer Energien leisten.

Die Versorgungsunternehmen seien jetzt aufgefordert, durch ein eigenes Strom-Sparprogramm den sparsamen und rationellen Umgang mit dem Rohstoff Braunkohle nachzuweisen. „Wir sehen hierin einen Prüfstein für die ökologische Verantwortung der Unternehmen, der rasch zum Stolperstein werden könnte“, unterstrich Farthmann.

CDU-Fraktion

Landeswassergesetz endlich ändern

Als „schlimmen Schlag“ für die Landwirte und die betroffenen Gemeinden in NRW und als eine „Mißachtung des Parlaments“ hat der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Eckhard Uhlenberg, den Boykott der SPD bei der längst überfälligen Änderung des Landeswassergesetzes bezeichnet. „Im zuständigen Landwirtschaftsausschuß des Landtags hat die SPD jetzt durch Abwesenheit ihrer Mitglieder die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt, so daß

die von der CDU vorgeschlagene und von der F.D.P. und den Grünen unterstützte Änderung des Landeswassergesetzes erneut nicht auf den Weg gebracht werden konnte. Dabei haben schon Anfang Juli bei einer Anhörung alle Experten unisono auf den dringlichen Handlungsbedarf hingewiesen. Es ist unerträglich, mit welcher Arroganz die SPD mit dem Parlament umgeht und wie leichtfertig sie über die Sorgen der Betroffenen hinweggeht“, erklärte Uhlenberg. Nach dem derzeit gültigen Gesetz haben Landwirte und Gemeinden die Verpflichtung, den anfallenden Schlamm aus Kleinkläranlagen auch aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Außenbereich einzusammeln, abzufahren und in kommunalen Kläranlagen aufzubereiten und können davon nur mit

Ausnahmegenehmigung befreit werden. Inzwischen hat Minister Matthiesen das Problem den Kreisen und Gemeinden zugestimmt, die möglichst regen Gebrauch von Ausnahmegenehmigungen machen sollen. Das führt aber zu Rechtsunsicherheit und einer ungleichen Behandlung der Landwirte, da nun nach Gutdünken entschieden wird. „Unser Antrag sieht jetzt eine generelle Befreiung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe von der bisherigen Entsorgungspflicht vor, der diese Rechtsunsicherheit beseitigt. Die Landwirte können ihren Klärschlamm wieder auf den Äckern ausbringen, zumal ökologische Nachteile nicht bekannt sind.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

Verhaltenskodex für Mitarbeiter der Landesregierung

Vor der Sommerpause hat der Landtag auf Antrag der Oppositionsfraktionen die sogenannten XY-Meldungen zum Wohnungsbauprogramm 1991 der Ministerin für Bauen und Wohnen diskutiert. Damals hat sich Ministerin Brusis vor dem Parlament für die Vorgehensweise ihres Pressesprechers Dahlheimer entschuldigt, der an Landtagsabgeordnete der SPD vorgefertigte Presseerklärungen zum Wohnungsbauprogramm gesandt hat, bevor die Empfänger davon in Kenntnis gesetzt wurden, so daß sich die SPD-Abgeordneten mit entsprechenden Meldungen in der Presse präsentieren konnten.

Mittlerweile räumt Ministerin Brusis ein, daß insgesamt vier XY-Meldungen in ihrem Hause erstellt worden seien. So weit, so gut. Schon damals hat sich gezeigt, daß das Problem der Abgrenzung zwischen den Aufgaben der Regierung und den Aufgaben einer Partei oder einer Fraktion geregelt werden muß. Deswegen hat die F.D.P.-Fraktion anlehnend an den Verhaltenskodex, den die schleswig-holsteinische Landesregierung nach der Barschel-Pfeifer-Affäre für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes erlassen hat, einen eigenen Vorschlag unterbreitet. In diesen Grundsätzen heißt es, daß die Demokratie in Gefahr gerät, wenn die Auswüchse des Parteienstaates nicht begrenzt werden. Auch langjährige absolute Mehrheiten bringen die Gefahr mit sich, daß die Grundsätze der Gewaltenteilung als konstituierendes Element der Demokratie nicht genügend geachtet werden. Diese Gründe geben Anlaß, vor allem für die Wahrnehmung ministerieller Aufgaben in ihrem Verhältnis zur Arbeit der politischen Par-

teien und der Parlamentsfraktionen, klarzustellen und zu verdeutlichen.

Danach dürfen Mitarbeiter der Landesregierung im Dienst keine Aufgaben mehr wahrnehmen, die in den Bereich von Parteien und Fraktionen fallen. Dazu gehören beispielsweise die Erarbeitung von Reden, Anträgen und ähnlichen politischen Papieren einer Partei oder einer Fraktion. Die Teilnahme von Mitarbeitern der Landesregierung an Sitzungen von Fraktionsarbeitskreisen des nordrhein-westfälischen Landtags o. ä. ist nur auf Veranlassung des Ministers oder Staatssekretärs im Einzelfall zur Darstellung der Position der Landesregierung zulässig.

Unberührt bleibt das Recht der Mitarbeiter, sich politischen Parteien anzuschließen und in ihnen mitzuarbeiten. Dabei sind das Mäßigungsgebot und die Amtsverschwiegenheit sowie die deutliche Trennung von Amt und parteipolitischer Betätigung zu beachten.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Bundesrepublik muß mit Flüchtlingen leben lernen

Weder durch Verfahrensverkürzungen im Asylrecht noch durch Grundgesetzänderungen lassen sich nach Auffassung der Grünen Flüchtlinge aus der BRD fernhalten. „Die Menschen in der Bundesrepublik müssen mit Flüchtlingen leben lernen“, sagt Roland Appel, innenpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag.

„Es ist erschreckend, daß die SPD durch ihren Fraktionsvorsitzenden Professor Farthmann wiederholt die Behauptung aufstellt, nur sieben Prozent der Asylbewerber

würden anerkannt und 93 Prozent seien zu Unrecht hier. Herr Farthmann unterschlägt, daß 60 Prozent der abgelehnten Asylbewerber Tod und Folter drohen. Aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention, europäischer Menschenrechtskonvention und Artikel 1 Grundgesetz genießen sie hier Schutz und können nicht abgeschoben werden. Solche Behauptungen fördern die ausländerfeindliche Legendenbildung, daß fast alle Asylbewerber unrechtmäßig hier seien und abgeschoben werden könnten. Durch solche Falschinformationen werden bei der Bevölkerung Ängste gegenüber Fremden mobilisiert. Der Ausländerfeindlichkeit aus Unkenntnis wie aufgrund von Rechtsradikalismus wird dadurch weiter Vorschub geleistet. Das Positions-Papier der SPD zeigt, daß die NRW-SPD nicht fähig ist,

sich der Realität zu stellen und zu erkennen, daß Flüchtlinge weder mit Verfahrensverkürzungen noch Grundgesetzänderungen aus der Bundesrepublik ferngehalten werden können und aufgenommen werden müssen, solange die Fluchtursachen nicht beseitigt sind.

Wenn sich die Politikerinnen und Politiker der SPD nicht trauen, den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, daß Solidarität mit Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre bleiben wird; wenn sie nicht die Kraft findet, Wohnungsnot und strukturelle Arbeitslosigkeit als die wahren Probleme zu benennen und zu lösen, machen sie sich zu Handlangern derjenigen, die in ausländerfeindlicher Absicht Asylbewerber zu Sündenböcken und zu Vogelfreien stem-peln.“

FCL weiter auf Erfolgskurs

Zwei Begegnungen — zwei Siege des FCL, der unter der harten Hand von Coach Uwe Herder immer mehr zu einer kompakten Mannschaft wird. Mit 2:1 gewann die Landtagself gegen den Karnevalsverein Wadelheim auf der Sportanlage Uhlenhook. In einem ausgeglichenen Spiel gingen die Karnevalisten in Führung; Dauertäufer Hans Kraft glückte jedoch, aus der Tiefe des Raumes kommend, noch vor der Pause aus. Direkt nach Seitenwechsel brachte ein blitzsauberes Eigentor die Entscheidung zugunsten des FCL. Die sattelfeste Abwehr des Landtags ließ danach nichts mehr anbrennen. Jupp Elbers, Präsident des KV Wadelheim, resümierte nach dem Spiel: „Der FC Landtag ist ein harter Brocken.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Drei Spielzeiten

Ein wechselhaftes Spiel fand während der Woche auf dem Gelände des TSV Vohwinkel statt. Wie beim Eishockey gab es drei Spielzeiten. Dabei trat der FCL erst gegen die Aktion V, dann gegen die Mannschaft des TSV Vohwinkel und schließlich wieder gegen die Aktion V an. Auf tiefem Gelände dominierte der FCL zunächst klar und ging durch Tore von Wolfgang Bauer und Wolfgang Strang in Führung; weitere klare Chancen blieben ungenutzt. Die Aktion V kam nur vereinzelt bis zum Strafraum. Schwerstarbeit hatte dann aber die Abwehr des FCL gegen die Elf des TSV zu verrichten. Trotz heftiger Gegenwehr mußte der Ausgleich hingenommen werden. Im letzten Drittel aber riß der FCL das Spiel wieder an sich und siegte durch einen knallharten 16-m-Schuß von Strang verdient mit 3:2. Eine Spende von über 1 400 Mark von Wuppertaler Geschäftsleuten für schulische Einrichtungen war der krönende Abschluß der freundschaftlichen Begegnung.

Professor Dr. Karl Peter Grottemeyer, Rektor der Universität Bielefeld, ist von der Landesrektorenkonferenz Nordrhein-Westfalen erneut für ein Jahr zu ihrem Vorsitzenden gewählt worden.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143.

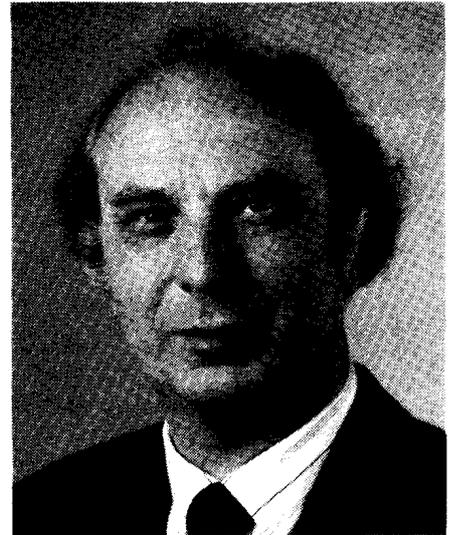
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepfer (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 568 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Graedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Johannes Gorlas (SPD)

Der familiäre Hintergrund hat Johannes Gorlas, der sich heute noch als einen Linken bezeichnet, den Eintritt in die SPD nicht leichtgemacht. 1957 wagte der damals 23jährige den Schritt, Vater und Mutter haben — so erinnert sich der Landtagsabgeordnete aus Essen heute — das aufs schärfste mißbilligt. Johannes Gorlas stammt aus einem, wie er sagt, „stockkatholischen“ Elternhaus. Die ältere Schwester, die inzwischen verstorben ist, schlug politisch nicht so aus der Familien-Art, sie wurde CDU-Mitglied.

Gorlas berichtet, wie der Pastor zu Hause von der Kanzel gewettert hat gegen die jungen „Heinemänner“, die Gefolgsleute von Gustav Heinemann und dessen später mißglückten Versuch, mit der GVP zu reüssieren. Als Gorlas merkte, daß es mit der GVP in der deutschen Politik nichts mehr werden würde, ging er zu den Sozialdemokraten — mit linkskatholischen politischen Positionen, wie er hinzufügt.

Auf die Frage, ob er sich damals eine Mitgliedschaft bei der CDU hätte vorstellen können, zögert er ein wenig, sagt dann klipp und klar: „Diese Frage hat sich für mich mit der Wiederaufrüstungspolitik erledigt.“ Für ihn sei die SPD nie die große „Vorzeigepartei“ gewesen. Er verweist auf seiner Meinung nach kritikwürdige Punkte in der langen Geschichte der Partei. Daß man nach der Revolution 1918 auf die alte autoritäre Beamtenschaft gesetzt hat, das habe ihm nie gefallen. Gorlas hätte es lieber revolutionärer gehabt. Die Wende zur Demokratie war ihm, dem Linken, nicht radikal genug.

In der Partei beschritt er die sogenannte Ochsentour: „Es begann mit der üblichen Arbeit im Ortsverein, vom Unterkassierer an aufwärts.“ 1975 wurde Gorlas in den Landtag gewählt, als Umwelt- und Landwirtschaftsexperte hat er sich einen guten Ruf erworben. Die Zeiten, in denen er sich vielleicht politisch allzu wichtig nahm, seien vorbei, sagt er: „Besser, man hält sich für einen Hinterbänkler, als wenn man sich fälschlich für einen großen Mann hält, wie das einige tun.“ Hier spricht Gorlas die kurze, knappe Sprache des Ruhrgebietsmenschen, zu denen er sich zählt und zu denen er sich hingezogen fühlt. In Gelsenkirchen wurde er geboren, später ging's über die Stadtgrenze nach Essen. Der Vater war Bergmann und entschied: „Mein Sohn Johannes kommt niemals unter Tage.“ Der Sohn arbeitete sich beruflich hoch, wie es laut Johannes Gorlas typisch ist für viele sozialdemokratische Lebensläufe: Facharbeiter, Ingenieur, Gewerkschafts-Engagement und dann Politik als Full-Time-Job.

Aus dem Laboranten wurde der Chemieingenieur, der irgendwann dann in der Politik gelandet ist. In Stadträten hat Gorlas nie gewirkt. Ob er Landtagsabgeordneter bzw. Parlamentarier mit Leib und Seele sei? Gorlas winkt ab: „Ist mir ein bißchen zu hoch gegriffen.“ Hat er jemals daran gedacht, ein Regierungsamt anzustreben? Die Antwort: „Nie ernsthaft daran gedacht, und jetzt würde es mich auch gar nicht mehr reizen.“ Den DGB-Kreisvorsitz in Essen hat er aus Gesundheitsgründen niedergelegt. Da habe man, findet er, in einem bestimmten Bereich Alleinverantwortung getragen, seinen Kopf allein hinhalten müssen. Als Nur-Abgeordneter fühlt er sich ein wenig unwohl, man entscheide eigentlich sehr wenig selbst, alles müsse in Gremien abgestimmt werden.

Gorlas charakterisiert sich selber als sehr aufgeregten Menschen. In der ersten Urlaubswoche kommt er zum Leidwesen der Familie nicht richtig zur Ruhe. Dann bastelt er, weil er nicht einfach die Seele baumeln lassen kann — jedenfalls nicht in den ersten Ferientagen. Politik sei eben doch so etwas wie eine Droge, der Streß, der Streß...

Fast selbstverständlich, daß ein innerlich so aufgewühlter Mensch wie Johannes Gorlas die Frage nach Freizeitvergnügen trocken beantwortet: „Freizeit findet nicht viel statt.“ Bücher, ja, die lese er, vor allem Sachbücher, während die Tochter ihm Krimis besorge. Insgesamt jedoch gelte: Es häuften sich die Bücher, die ungelesen im Hause herumstünden.

Früher war die Familie begeistert auf Ferientour mit dem Camper, bis der bei einem Sturm zu Bruch ging. Damals sind Vater, Mutter, Tochter und Sohn weit unterwegs gewesen, zum Lago Maggiore, nach Spanien, Frankreich oder nach Dänemark. Mittlerweile lockt mehr das Wandern im Sauerland: „Wir sind bodenständiger geworden, aber vielleicht kaufen wir uns noch einmal ein Campmobil.“

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 10. bis 23. Oktober 1991

- 10. 10. **Daniel Kreutz** (DIE GRÜNEN), 37 J.
- 11. 10. **Helga Gießelmann** (SPD), 42 J.
- 11. 10. **Horst Radtke** (SPD), 50 J.
- 12. 10. **Günther Einert** (SPD), 61 J.
- 12. 10. **Günter Langen** (CDU), 56 J.
- 13. 10. **Manfred Degen** (SPD), 52 J.
- 14. 10. **Helmut Harbich** (CDU), 59 J.
- 14. 10. **Loke Mernizka** (SPD), 52 J.
- 16. 10. **Klaus Stallmann** (CDU), 46 J.
- 17. 10. **Horst Steinkühler** (SPD), 55 J.
- 20. 10. **Erika Rothstein** (SPD), 56 J.
- 23. 10. **Karl-Heinz Brülle** (SPD), 42 J.

★

Reinhard Grätz (SPD), Abgeordneter, ist am 1. Oktober erneut zum Vorsitzenden des Rundfunkrats des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) gewählt worden. Diese Mitteilung machte der WDR nach der konstituierenden Sitzung des achten Rundfunkrats. Zum Stellvertreter wurde der DGB-Gewerkschafter **Rainer Hesels** (SPD) gewählt. Für Grätz stimmten 26 Rundfunkratsmitglieder, gegen ihn zwölf; ein Mitglied enthielt sich der Stimme. Der Rundfunkrat wählte ferner zum Vorsitzenden des Programmausschusses wie bisher **Werner Demmer** und zum Vorsitzenden des Ausschusses zu Fragen der Rundfunkentwicklung erneut den SPD-Landtagsabgeordneten **Jürgen Büssow**.

★

Gerhard Wendzinski, SPD-Landtagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion, ist auf der Mitgliederversammlung in Dortmund zum neuen Vorsitzenden der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Nordrhein-Westfalen, gewählt worden. Er wurde Nachfolger von **Dr. Diether Deneke**, dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Forstminister. Gerhard Wendzinski gehört seit Jahren der Schutzgemeinschaft an und hat seit Februar 1989 den Vorsitz im Kreisverband Dortmund inne. Wendzinski würdigte die Verdienste seines Vorgängers im Amt des Landesvorsitzenden, Deneke, der über zehn Jahre der Schutzgemeinschaft in Nordrhein-Westfalen vorstand. Bei der Mitgliederversammlung wurde der CDU-Abgeordnete **Walter Neuhaus** für den ausscheidenden **Heinrich Ostrop** in den Landesvorstand gewählt.

★

Jens Feddersen leitet seit 30 Jahren die Redaktion der NRZ. Aus diesem Anlaß hat Landtagspräsidentin **Ingeborg Friebe** dem Jubilar am 1. Oktober ein Telegramm mit folgendem Inhalt geschickt: „Zu Ihrem heutigen 30jährigen Dienstjubiläum als Chefredakteur der Neuen Rhein Ruhr Zeitung gratuliere ich Ihnen für den Landtag Nordrhein-Westfalen und auch ganz persönlich sehr herzlich. Sie begehen heute ein sicherlich ungewöhnliches Dienstjubiläum. Welchem Journalisten ist es schon vergönnt, 30 Jahre lang ein Blatt bestimmend zu gestalten und eine große Redaktion mit vielen unabhängigen Köpfen zu führen und zusammenzuhalten. Sie haben sich in diesen Jahren einen bedeutenden Namen gemacht, dessen Wirkung weit über das von Ihnen gestaltete Blatt hinausgeht.“

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Der Landeswaldbericht 1991 der Landesregierung und die Studie eines finnischen Unternehmens zum Holzaufkommen und zum Holzverbrauch im Lande waren Thema einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter Leitung seines Vorsitzenden Heinrich Kruse (CDU, in der Bildmitte rechts neben dem Ausschussassistenten Thomas Wilhelm). Protokolliert wurden die Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen und Verbandsvertreter von zwei Stenographinnen (links), die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, daß solche Niederschriften nach Druck durch die Landtagsdruckerei eine erfahrungsgemäß weite Verbreitung finden. — Der Bericht über die Anhörung des Landwirtschaftsausschusses folgt in der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“.

Asylpolitik: Ringen um Gemeinsamkeit

Wechselnde Schuldzuweisungen und das Bemühen um Gemeinsamkeit bestimmten die Diskussion im Rahmen einer Aktuellen Stunde, die der Landtag aufgrund eines Antrags der GRÜNEN-Fraktion zur Asylproblematik am 4. Oktober durchgeführt hat.

Die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, Bärbel Höhn, geißelte in ihrem Beitrag die „üblen Hetztiraden“ vor allem der CDU über angebliche „Scheinasylanten“. Diese „Hetzkampagne“ habe die politische Legitimation für die Pogrome gegen Ausländer geliefert. Stefan Frechen (SPD) legte unter der Nennung von Orten, in denen es Ausschreitungen gegen Ausländer gegeben hat, eine „Chronik der Scham“ vor. Er forderte die Politik zum Zusammenstehen gegen Ausländerhaß und zu einer vernünftigen und geordneten rechtsstaatlichen Flüchtlingspolitik auf.

Dr. Helmut Linssen (CDU) griff scharf den Ministerpräsidenten, die Landesregierung

und die SPD an: Sie hätten sich der Verantwortung entzogen und im Landtag „Blockadepolitik“ betrieben. Die Kommunalpolitiker in der SPD rief Linssen zu einer „Koalition der Vernunft“ in Sachen Änderung des Asylrechts auf.

Zu einem bewegenden Appell für Gemeinsamkeit in der Politik — bei allen Unterschieden in der Sache — nutzte Dagmar Larisika-Ulmke ihren Redebeitrag. Man müsse die Gelegenheit nutzen, um zu einer grundsätzlichen Diskussion der Rolle der Gewalt in unserer Gesellschaft zu kommen. Dem stimmte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zu; er werde sich weiter um Gemeinsamkeit bemühen. Der CDU gab er zu bedenken, ob sie an ihrer Politik der „totalen Opposition in dieser Frage“ festhalten wolle. Rau mahnte von der Bundesregierung ein einheitliches Konzept zur Änderung des Artikel 16 des Grundgesetzes an und stellte fest: „Wir leben im Jahrhundert der Flüchtlinge.“